

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Abend-Blatt gedruckt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Postgebühren. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausländischen Verlagsanstalten. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Anzeiger“, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Wiesbaden: die „Wiesbadener Anzeiger“ und in den benachbarten Umgebungen und im Rheingau die betreffenden „Tagblatt“-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Reiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. für abweichende Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1.00 für lokale Werbefläche; 2.00 für auswärtige Werbefläche. — Bei nichtbezahlter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Rhein- und Mosel-Region bis 12 Uhr mittags; für die übrigen Regionen bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 15. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 23. — 62. Jahrgang.

## Die Kraftprobe in Südafrika.

XX London, 13. Januar.

Die Lage in Südafrika bleibt ernst, auch nach Abzug der unausbleiblichen Übertreibungen. Sie wäre vielleicht noch ernster, wenn es sich wirklich um einen Ausstand handelte, in dem sich die Arbeiter zur Abhilfe unerträglicher Zustände zusammengefunden. Doch General Botha stellt es klarer dar: „In Südafrika ist kein Platz für zwei Regierungen.“ Darum handelt es sich. Wer soll herrschen, die Regierung oder die „Föderation der Arbeit“. Dieser Bund der Gewerkschaften versuchte seine Macht im Juli anlässlich des Ausstands der weißen Bergwerksarbeiter und brachte es wohl zu blutigen Kämpfen in Johannesburg, aber zu keinem nennenswerten Erfolg. Jetzt soll der Eisenbahner-Streik die Kraftprobe abgeben, und das Ende kann schließlich wieder nur eine Niederlage sein. Die Regierung hat nicht nur den gesamten Kapitalismus — wahrlich keine geringe Macht in Südafrika —, sondern auch augenscheinlich die öffentliche Meinung hinter sich. Mit der Verhaftung von zwölf Arbeiterführern und der Mobilisierung von 60 000 Mann der Vorenmiliz hat sie der Föderation bewiesen, daß sie „keinen Spatz versteht“. Und gegen diese Machtentfaltung hat der Bund keine andere Waffe als den Massenstreik auszuschreiben. Doch wie der ausgeht, das wird man bald sehen.

Die Föderation der Arbeit strebt tatsächlich nach etwas Unerschickbarem in Südafrika. Ihr Schwert hat sie von Australien entlehnt. Dort haben die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften die Herrschaft erungen im Erwerbsleben wie im Parlament, aber nur, weil sie den Arbeitsmarkt beherrschten und durch Einwanderungsverbote gegen jeden billigeren Wettbewerb abwehrten. Dieser Weg zur Macht ist aber in Südafrika für den „weißen“ Arbeiter unmöglich. Hier ist der Schwarze in seiner Heimat und in erdrückender Mehrheit. Stehen doch selbst im Eisenbahndienst 30 000 farbige den 5000 Weißen gegenüber. Die weißen Arbeiter sind fast überall nur in höheren Stellungen beschäftigt, wo besondere Kenntnisse oder Zuverlässigkeit nötig sind, und können bei den allgemein herrschenden Rassenanschauungen keine andere Stellung einnehmen. Sie müssen immer die dünne, oberste Schicht des Arbeiterheeres bilden, die „Unteroffiziere“, die, notwendig wie sie sein mögen, doch nicht in dauernder Feindschaft mit ihren Arbeitgeber-Offizieren leben können. Zwischen dem in Südafrika so fest konsolidierten Kapitalismus und dem Massenangebot eingeborener Arbeitskräfte sind die Machtbestrebungen des weißen Arbeiterbundes recht enge Schranken gesetzt. Für ihre zahlreichen, oft nur zu gerechtfertigten Beschwerden sind wilde Drohungen und Ausfälle der falsche Weg. Die Schwarzen lernen zu viel davon, wie sie bereits beweisen. In letzter Reihe handelt es sich um die Machtstellung der weißen Rasse überhaupt. Deshalb will die Regierung mit der „Föderation“ den Kampf ausfechten und — aufraumen.

Botha an die Eingeborenen.

R. Johannesburg, 14. Januar. General Botha hat als Minister für Eingeborenenangelegenheiten an alle Eingeborenen Compounds am Rand ein Rundschreiben geschickt, in dem er die Lage erklärt und die Eingeborenen zur Ruhe mahnt. Das Rundschreiben hat anscheinend eine ausgezeichnete Wirkung ausgeübt.

## Deutsches Reich.

„Aus Anlaß der Investitur zum Schwarzen Adler wird neben dem Herzog zu Braunschweig auch Prinz Heinrich von Bayern, ein Neffe des Königs, sowie Prinz Heinrich von Preußen in Berlin anwesend sein.“

Großjährigkeit des Kronprinzen von Sachsen. Kronprinz Georg von Sachsen, geboren zu Dresden am 15. Januar 1893, vollendet am heutigen Donnerstag sein 21. Lebensjahr und erreicht damit die Großjährigkeit. Er ist Oberleutnant im Königl. sächsischen 1. (Leib-) Grenadier-Regiment Nr. 100 in Dresden und wird auch à la suite des 5. Infanterie-Regiments „Kronprinz“ in Chemnitz geführt; außerdem ist er Oberleutnant à la suite des Königl. preussischen Garde-Schützen-Regiments und des Königl. bayerischen 15. Infanterie-Regiments König Friedrich August von Sachsen.

Industrie und Patentrecht. Vom Zentralverband Deutscher Industrieller wird und geschrieben: Die bereits angekündigte Versammlung der deutschen Industrie zwecks Stellungnahme zu dem im Sommer v. J. veröffentlichten vorläufigen Entwurf eines Patentrechtes findet am 16. Jan. 1914, abends 8 Uhr, im Architektenhaus zu Berlin statt. Die Veranstalter der Versammlung: der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten in Düsseldorf, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik, der Bund der Industriellen und der Zentralverband Deutscher Industrieller haben dafür gesorgt, daß die wichtigsten Fragen der Patentreform von sachverständigen Industriellen eingehend besprochen werden. Die Versammlung, zu welcher auch Vertreter der Behörden, Reichstagsabgeordnete und Vertreter der Presse ihr Erscheinen zugesagt haben, verspricht zu einer einheitlichen Kundgebung der gesamten an der Patentreform interessierten industriellen Kreise zu führen.

Kennzeichnendes von der Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses. Im neuen preussischen Abgeordnetenhause sitzen nicht weniger als 27 aktive Landräte, von denen 17 Mitglieder der konservativen Fraktion und 7 Mitglieder der freikonservativen Partei sind. Zum Großgrundbesitzer gehören nicht weniger als 112 Abgeordnete, d. h. fast genau ein Viertel des gesamten Mitgliederbestandes. Hierunter gehören volle 77 zur konservativen Fraktion. Da diese 148 Mitglieder stark ist, so gehört mehr als die Hälfte derselben dem Großgrundbesitzerstande an. Zum Mittel- und Kleinbesitz in der Landwirtschaft gehören nur 41 Abgeordnete, von denen nur 13 konservativ sind. Diese Zahlen sind wieder einmal ein klassisches Material für den Segen der Dreiklassenwahl in Preußen!

Für den Preuentag des Preußenbundes, der am Sonntag, den 18. Januar, im Abgeordnetenhause stattfindet, gibt die „Kreuzzeitg.“ jetzt das Programm aus. Danach dient die erste Mitgliederversammlung zunächst der Erledigung innerer Bundesangelegenheiten und der Fassung von Beschlüssen für die Tätigkeit und Entwicklung des Bundes in der nächsten Zukunft. Außerdem werden „von führenden Persönlichkeiten“

verschiedene Ansprachen und Vorträge gehalten, so über: „Preußens Beruf“, „Die heutige Stellung Preußens im Reich“, „Das preussische Königtum von Gottes Gnaden“, „Wirtschaftliche Fragen vom Standpunkte des Preußenbundes“, u. a. m. Zu den Verhandlungen haben nur Mitglieder und solche Persönlichkeiten Zutritt, die im Besitze einer Eintrittskarte sind.

Eine Erweiterung des Stadtkreises Danzig. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach dem die Landgemeinden Prösen, Saspe, Schellmühl, Weichselmünde, Deubade und Kraska sowie der Gutsbezirk Niefelfeld mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Danzig vereinigt werden sollen. Die Stadt Danzig wird ihr bisheriges Gebiet von 3067 Hektar um 2758,5 Hektar erweitern, und zu ihren 170 337 Einwohnern werden 12 132 hinzukommen.

Zum Hilfsanruf für die vom Ostseehochwasser Geschädigten, den wir in der Mittwoch-Morgen-Ausgabe wieder gegeben, teilt das Ständige Komitee, Berlin, Alsenstraße 10, mit, daß es nur Geld und keine Kleidungsstücke annimmt.

Der Verhandlungsbericht über die letzte Hauptversammlung des Preussischen Städtetages in Breslau ist erschienen und an die Verhandlungsteilnehmer versandt worden. Er umfaßt die Beratungen zum Kommunalabgabengesetz und die Beratungen zum Wohnungsgesetzentwurf. Als Anlage ist dem Verhandlungsbericht eine Tafel beigegeben, aus der sich ergibt, daß die Bauordnungen von Großstädten mit städtischer Baupolizei (Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Königsberg) für die flache Bebauung im Geiste modernen Städtebaues weit mehr geleistet haben als die von königlichen Polizeiverwaltungen geschaffenen Bauordnungen von Groß-Berlin, Danzig und Kassel. Eine andere Tafel zeigt, wie durch die Festlegung von räumlichen Baulinien, d. h. Linien, über die hinaus ein Grundstück nach der Tiefe hin nicht bebaut werden darf, große zusammenhängende Flächen für Licht und Luft geschaffen werden, ohne daß dadurch der Wert der Baustellen für die Eigentümer herabgesetzt wird; auch diese räumlichen Baulinien sind bisher nur von städtischen Baupolizeiverwaltungen verwendet. Druckstücke des Verhandlungsberichts können, so weit der Vorrat reicht, von der Geschäftsstelle des Preussischen Städtetages in Berlin O. 2, Mollatmarkt 15, bezogen werden.

Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband, dem bereits aus allen beteiligten Branchen führende Firmen angehören, hält seine erste Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz von Generaldirektor Ballin am 6. Februar in Berlin, Hotel Esplanade, ab. Der konstituierenden Versammlung folgt am 6. Februar, 10 1/2 Uhr, in Berlin im Hotel Esplanade eine allgemeine Versammlung, in der Dr. Stresemann (Dresden) über: „Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsbeziehungen und die Aufgaben eines Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes“, Professor Dr. A. Ockeritz (Berlin) über: „Die amerikanische Kulturgeschichte und ihre Reform“, Dr. Stapff (Berlin) über: „Das neue amerikanische Zolltarifgesetz und die deutsche Industrie“ sprechen werden. Das Bureau des Verbandes befindet sich in Berlin NW. 7, Unter den Linden 56.

Heer und Flotte.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Goeben“ mit dem Chef der Mittelmeerdivision am 12. Jan. in Syrakus; S. M. S. „Fuchs“, „Tingtau“ am 12. Jan. in Kanton. — In See gegangen: Der Panzer „Patria“ mit dem Abfahrschiffstransport für die Besatzungen des Schutzgebietes Kiautschou und der Fluganonenboote „Tingtau“, „Otter“ und „Waterland“ am 12. Jan. von Cuxhaven.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein Erholungsheim in Swakopmund. Der bayerische Landesverband des „Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien“ errichtet in Swakopmund ein Erholungsheim, dessen Eröffnung nach den letzten Meldungen am 5. Januar d. J.

## New Yorker Brief.

(Die New Yorker Oper.)

Von Hermann G. Morel (New York).

Wenn im Spätherbst das Metropolitan-Opernhaus seine Winterfaison eröffnet, so ist das trotz der allgemeinen Klarheit der amerikanischen Metropole ein Ereignis von weitgehendem Interesse. Wochen vorher schon rührt Gatti-Casazza, der Generalmanager, gewaltig die Reklametrommel, und die Zeitungen orientieren ihre Leser aufs genaueste sowohl über die zu erwartenden „stars“ und deren zurückliegende Karriere als auch über das Programm und die Opern der kommenden Spielzeit. — Mit großem Tam-Tam geht die Eröffnungsvorstellung vor sich, und der „horo-shoo“, das berühmte Diamanten-Hufeisen, wie der erste Rang hier genannt wird, strahlt im Glanze der Millionen, die mit den Namen Vanderbilt, Morgan, Astor usw. nun einmal ungetrenntlich verknüpft sind. — Nur waren es dieses Jahr weniger die Diamanten, sondern, der neuesten französischen Mode entsprechend, die hier so exaltiert wie nur möglich nachgeahmt wird — sojiges frisches Menschenfleisch, das leuchtete. Dank der weitverbreiteten X-Strahlen-Strahlender konnte die New Yorker jeunesse dorée beweisen, daß man keineswegs nach Paris zu gehen braucht, um die Schönheit des weiblichen Körpers in allen Einzelheiten zu studieren. Für die Eröffnung war urbrunnlich Raffinesis

„Manon“ vorgelesen und in den Hauptrollen Caruso — der stets in der ersten Vorstellung erscheint — und die Farrar, die aber dann plötzlich von einer starken Influenza befallen wurde und so eine Änderung in Verbis „Maskenball“ herbeiführte. Niemand tat das sehr weh (außer vielleicht Rib Farrar), da „der einzige Caruso“ ja doch lang und die Debutin an Stelle Farrars nur allzugern begrüßt wurde. — Caruso war, soweit ihm das noch möglich ist, auf der Höhe. Man ist sich jedoch allgemein darüber einig — und er selber fühlt die Lasten wohl am besten — daß die göttliche Stimme seit geraumer Zeit zu verlieren angefangen hat. Wenigstens hat er sich zu einem Reporter bei Gelegenheit eines Interviews recht wehmütig dahin geäußert: Früher sei ihm das Singen eine Freude gewesen, jetzt sei es Arbeit. — In der letztjährigen „Hugenotten“-Premiere mit der Hempel ist der König der Tendres sogar schon einmal haarsträubend an einem Fiaco vorbeigestreift. — Nur im „Bojazzo“ ist er eigentlich noch der alte Caruso, und wenn er die große Arie am ersten Akt schließt, dann klagt und weint die einst so wunder-volle Stimme, wie in den besten Tagen, und eine Erschütterung bemächtigt sich des ganzen Hauses, wie ich sie nie wieder erlebt habe. Da kann man verstehen, was den Namen Caruso über die ganze Welt bekannt gemacht hat.

Klaus, der Leipziger Feldtenor, hat mit seiner warmen und ausdrucksvollen Stimme selbstredend berechtigtes Furore gemacht, zumal man sich in seinem Fach hier seit Jahren mit Tendren, wie Burrian, Siegal oder gar Jörn begnügen mußte. — Diese Art Singvögel sind eben rar, aber nicht-

destoweniger hat auch Gensel, der im Weltteil aller musikalischen Zeitschriften Amerikas wohl Genanten, es zu seinem rechten Erfolg zu bringen vermocht. Wenigstens nicht nach außen hin. Für ihn selber war seine kurze New Yorker Tätigkeit immerhin von einem Erfolg gekrönt, der ihm nicht weniger als die Fortsetzung seiner Karriere bedeutete. Denn er fand den Weg in den Studio des bedeutenden amerikanischen Gesangsmeisters Oscar Sanger, — vielleicht der größte, sicher aber der erfolgreichste Vertreter seiner Art heutzutage —, dessen hervorragende Kunst die Stimme Gensels wieder sorgfältig renovierte und rekonstruierte.

Frida Hempel war letztes Jahr eine Entdeckung für New York, was aber wohl nur darauf zurückzuführen ist, daß sie vorher merkwürdigerweise als ein beinahe beispielloses Wunder angekündigt worden war. Nun ist man hier aber eine Sembrich, Welba und Tetragini gewöhnt, drei Solopräparat-Sopranen von höchstem Rang, und selbstverständlich wurden Vergleiche gezogen, die Frida Hempel mit ihrer mehr nach dem jugendlich-dramatischen Fach hinneigenden Stimme nicht aushalten konnte. Ganz abgesehen von ihrer lang anhaltenden Indisposition und Nervosität. In diesem Jahre ist die Sängerin besser und hat zuletzt einen sehr schönen Erfolg in der mit so großem Pomp herausgebrachten „Mosen-kavaller“-Premiere errungen.

Das „hochdramatische Fach“ wird am Metropolitan durch eine Frau Fremstad vertreten, der Presse und Publikum unbegreiflicherweise zu führen liegen, und deren Leistungen mit immer an die meisterlichen Schöpfungen der Teller.

stattfinden sollte. Es ist nach dem Namen der vor einem Jahre verstorbenen Gemahlin des bayerischen Kronprinzen Marie - Gabriele - Prinzessin - Rupprecht - Heim benannt und im großen alten Staatslazarett im Süden der Stadt, ganz nahe am Promenadenstrand der Stadt, belegen.

**Ausland.**

**Österreich-Ungarn.**

**Tschechische Obstruktion im Budgetauschuss.** Wien, 14. Januar. Gemäß dem seinerzeit gefassten Beschluß sollten die tschechischen Agrarier und die tschechischen Radikalen in der gestrigen Sitzung des Budgetauschusses bei der Verhandlung des Budgetpropositionalen mit Obstruktion ein. Der tschechische Radikale Stanek sprach, zum Teil in tschechischer Sprache, von 7 Uhr abends bis 4 Uhr früh, worauf die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen wurde.

**Niederlande.**

**Eine sozialistische Interpellation zum Krupp-Prozess.** Haag, 13. Januar. Bei der Beratung des Kriegsetats in der Zweiten Kammer fragte der Sozialist Verlaan die Regierung, ob sie versichern könne, daß die niederländischen Offiziere keine Schmiergelder erhalten bzw. erhalten werden seitens Krupps. Er wies darauf hin, daß die Offiziere, die bei Krupp die Kanonen prüften, auf Kosten der Firma logierten. Der Kriegsminister erwiderte, er sei über die Anfrage höchst erstaunt. Er könne unmöglich dafür einstehen, daß niemals ein Offizier unehrlich gewesen sei, er wolle aber wohl erwägen, der Firma Krupp sagen zu lassen, daß die niederländischen Offiziere fortan in Essen ihr Logis für Rechnung der Regierung beziehen sollten.

**Frankreich.**

**Der neue Kapitalsteuer-Gesetzentwurf.** Paris, 13. Januar. Der Gesetzentwurf über die Kapitalsteuer führt eine jährliche Abgabe ein, die berechnet wird nach dem Nettovermögen der 30 000 Franken übersteigenden Vermögen. Für jedes Kind werden von dem steuerpflichtigen Vermögen 5000 Franken abgezogen. Die Abgabe steigt in geringen Abstufungen bis zu einem Steuersatz von 2,50 pro Milie. Die Steuererklärung und die Steuereinschätzung wird nur alle fünf Jahre neu berechnet, außer eine Steigerung des Vermögens über 10 Prozent vorliegt. Die Geheimhaltung der Vermögen wird in dem Gesetzentwurf aufrechterhalten. Die Kapitalsteuer soll mindestens 190 Millionen ergeben.

**Die Kampagne des „Figaro“ gegen Gaillard.** Paris, 14. Januar. In einem an den „Figaro“ gerichteten Schreiben erklärt der Präsident des Comptoir d'Escompte, Alfred Kostand, im Namen des ganzen Verwaltungsrats, daß die gegen den Direktor der Bank, Illmann, erhobene Beschuldigung, er habe dem Finanzminister Gaillard für Parteizwecke Gelder zur Verfügung gestellt, vollständig unbegründet sei. Der „Figaro“ bemerkt hierzu, daß er nunmehr das Kapitel der unabweisbaren Dinge verlassen und den Finanzminister auf einem anderen ernsteren Gebiete angreifen werde.

**Das Parteiprogramm der neuen „Vereinigung der Linken“.** Paris, 14. Januar. Die Vereinigung der Linken hielt gestern abend eine Plenarversammlung ab, an der u. a. Briand, Millerand, Barthou, Etienne, Pichou und Dupuy teilnahmen. Die Versammlung nahm eine an die Wähler gerichtete Erklärung an, welche als Parteiprogramm folgende Punkte aufzählt: Laienschule, Gewissensfreiheit, Schutz des Rechtes und der Sicherheit aller Bürger, Garantie der nationalen Unabhängigkeit und Würde, eine Waffereform ohne für die Republik gefährliche Gruppenbildungen, die Entwicklung des seit 20 Jahren in Angriff genommenen Wertes der Demokratie sowie eine Steuerreform, die den Grundbesitz entlastet, ohne die produzierenden Stände des Landes zu beunruhigen. — Die Statuten der Vereinigung legen den Anhängern die Verpflichtung auf, an die erste Stelle alle Fragen, welche die Verteidigung des Landes, die Zukunft der Nation und die Ausbeutung des französischen Einflusses in der Welt betreffen, zu stellen, die Laienschule zu verteidigen und alle Kräfte anzuwenden, die Schäden des parlamentarischen Regimes auszumerzen.

**England.**

**Professor Bonn über die deutsche Kolonialpolitik.** London, 14. Januar. Gestern abend hielt in dem Royal Colonial Institute Professor Dr. Kortsch J. Z. Bonn aus München einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über deutsche Kolonialpolitik. Der Vortragende charakterisierte in

geprägter Form die Verschiedenheiten unserer verschiedenen Kolonialbestrebungen, erklärte über verhältnismäßig späte Entwicklung aus den Bedingungen der deutschen Volkswirtschaft und bezeichnete die künftige Aufgabe der deutschen Kolonialpolitik, indem er auf die Gemeinsamkeit der Aufgaben der verschiedenen Kolonialmächte, namentlich in Afrika, hinwies. Mehrere Redner betonten, daß die kolonisierenden Nationen viel von einander zu lernen hätten. Lord Milner beantwortete, indem er Professor Bonn den Dank der Versammlung aussprach, die Frage, ob größere Gebiete Mittel- und Südafrikas als Siedlungspunkte für die weiße Rasse betrachtet werden könnten, in optimistischem Sinne.

**Norwegen.**

**Eröffnung des Storting.** Christiania, 13. Januar. Der König eröffnete die Stortingstagung mit einer Thronrede, in der zunächst auf die reichen Erinnerungen hingewiesen wird, die das Jahr 1914 für Norwegen bringt. Jetzt seien hundert Jahre verflossen, seit das norwegische Volk seine freie Verfassung erlangt habe, in deren Gefolge es auf allen kulturellen und materiellen Gebieten größere Fortschritte zu verzeichnen hatte, als je vorher in einem entsprechenden Zeitraum. Es hatte in diesen hundert Jahren ununterbrochen Frieden, und die Beziehungen andauernd freundschaftlich. Die Verhältnisse auf Spitzbergen seien beständig Gegenstand von Erörterungen mit den übrigen interessierten Mächten. Die Thronrede kündigt dann eine Reihe neuer Gesetzesentwürfe an. Die Kredite für Meer und Flotte sollen erhöht werden. Es wird vorgeschlagen, die Dienstzeit der Wehrpflichtigen zur See von sechs auf zwölf Monate zu erhöhen, während die Frage der Verlängerung der Übungszeit der Armee zurückgestellt wird, damit sie zunächst mit anderen wichtigen Verteidigungsfragen von einer zivilen Verteidigungskommission erörtert werde. Die Beratungen über die Invaliden- und Altersversicherung seien dem Abschluß nahe.

**Bulgarien.**

**Die Bevölkerung des neuen thrakischen Gebietes.** Sofia, 13. Januar. Die von den Militärbehörden in den neu erworbenen Thrazien vorgenommene Zählung ergab für das bulgarische Thrazien eine Bevölkerung von insgesamt 494 160, davon sind 225 000 männlich, für das bulgarische Mazedonien von insgesamt 175 000, davon sind 42 500 männlich. Im Bezirk Mustafa-Pascha beträgt die männliche Bevölkerung 4000 bei einer Gesamtbevölkerung von 33 130.

**Albanien.**

**Ein Engländer als provisorischer Gouverneur von Skutari.** Wien, 13. Januar. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Alessio: Nach der Beilegung der Zwistigkeiten zwischen der provisorischen Regierung in Alessio und einem Teil der Malissoren durch den Gouverneur von Skutari, den englischen Obersten Philipps, wurde eine aus zwölf Stammeshäuptern bestehende Regierungskommission gebildet. Der englische Hauptmann Francis wurde zum provisorischen Gouverneur eingesetzt.

**Zurück nach Konstantinopel!** Triest, 13. Januar. Die aus Valona eingetroffenen, bei dem mißglückten Putschversuch beteiligten türkischen Soldaten sind heute nach beendigter viertägiger Quarantäne im Hafenzazarett San Bartholomäus mit dem fälligen Lloyd-Dampfer nach Konstantinopel abgefahren. Drei leicht erkrankte Türken sind noch in dem Lazarett zurückgeblieben.

**Asien.**

**Der japanische Budgetentwurf.** Tokio, 14. Januar. Der Budgetentwurf weist an ordentlichen Einnahmen 534 328 645 Yen, an außerordentlichen 108 901 911 Yen, an ordentlichen Ausgaben 425 292 026 Yen und an außerordentlichen 213 933 530 Yen auf. Die ordentlichen Ausgaben des Kriegsbudgets betragen 79 873 594 Yen, die außerordentlichen 12 087 288 Yen, die ordentlichen Ausgaben der Marine 30 000 574 Yen, die außerordentlichen 59 700 846 Yen.

**Luftfahrt.**

**Eine militärische Übungsfahrt der „Sachsen“ über See.** Hamburg, 13. Januar. Das Luftschiff „Sachsen“ unternahm heute vormittag 9 Uhr eine militärische Übungsfahrt unter Führung des Professors Glider nach der Nordspitze der Insel Fehmarn. Später wurde das Luftschiff über Kiel gesichtet und kehrte gegen 3 Uhr wohlbehalten nach der Fußbühnen-Flughalle zurück.

Burkhardt erinnern. Aber nicht etwa aus künstlerischer Verwandtschaft, sondern weil sie so grundverschieden sind voneinander. Eine zum Sopran gesungene Mezzostimme, der alle hohen Töne schon in den dramatischen Partien einfach abbrechen, die aber trotzdem eine Elisabeth, eine Elsa, ja sogar eine Tosca zu singen nicht verhindert wird. Und das in einem Theater, wo der billigste Platz 4 Mk. und 25 Pf. kostet. (Die Münchener Presse hat bei einem Gastspiel als Höhe des letzten Sommer die Gelegenheit wahrgenommen, der Dame die ungeschminkte Wahrheit zu sagen.) Und in ihrer Vertretung, durch den Mangel an hochdramatischen Sopranen verursacht, sang Frau Wagenauer lehrhaft die Bränhilde in der „Walküre“, eine Leistung, die, wenn man in Betracht zieht, daß die Sängerin Ende Januar schon Mutterfreunden entgegensehen soll, nicht gerade dazu angetan war, die höchsten künstlerischen Anforderungen zu befriedigen. In Haufen vorstellend dem auch das Publikum den Zuschauerraum, und die Vorstellung litt sehr unter diesen „Umständen“.

Dies sind Mängel — und es sind nicht die einzigen — die das sogenannte erste Operntheater der Welt, das keineswegs das ist, was es scheint, in seinem Renommee gar bald beträchtlich herabsetzen werden und es zu einem Institut degradieren, für das der deutsche Bühnenjargon eine so treffende Bezeichnung hat.

Frau Ober-Andri, die Berliner Altistin, hat ihr sehr erfolgreiches Debut hier als Ortrud gemacht und erfreut sich einer allgemeinen Beliebtheit. — Auch ein neuer lyrischer Partisan, Karl Schlegel, singt in diesem Jahre zum ersten Male in Rew-Hof und hat sich als Seeräuber recht gut eingeführt. Ich wünschte dem Rew-Hof-Publikum von Her-

zen, einmal Geisse-Winkels strahlende Stimme in dieser Partie zu hören.

Und nun zuletzt, „doch nicht der letzte meinem Herzen“, Karl Braun, der Bassist des Metropolitan, der durch seine überragende Größe — körperlich als künstlerisch sowohl — nur allzu oft einen tiefen Schatten um sich verbreitet. Brauns Leistungen, in der relativ kurzen Zeit seines Wirkens hier, haben das größte Aufsehen erregt, und besonders der „Hagen“ entfesselte einen Sturm von Begeisterung bei Presse und Publikum. Diese eminente Schöpfung des jungen Künstlers eröffnet meines Erachtens direkt eine Perspektive auf die Wagner-Darstellung der Zukunft, und ihrer Zeit weit vorausgeeilt, läßt sie uns ahnen, was wir von den Dramen des großen Meisters einmal zu erwarten haben. Vorläufig fällt Brauns Darstellung noch zu sehr aus dem Rahmen, zeigt noch zu sehr die Unvollkommenheit der Umgestaltung. Denn während der Sänger zu heutzutage sich erst langsam dem Erfassen des Wagner'schen Ideals nähert, geistig und stimmlich, während er erst nach und nach in die Fähigkeit hineinwächst zur völligen Ausfüllung dieser gewaltigen Partien, schafft Braun eine Figur von höherer, lechter Vollendung, schafft eine der ausgeglicheneren, reiflos erschaffenen Gestalten Wagner'scher Phantasie, die je auf den Brettern standen. —

Das Repertoire des Metropolitan ist so ungefähr das eines guten deutschen Hoftheaters, bewegt sich jedoch in künstlerischer Hinsicht nicht auf demselben Niveau. Denn daß durch das „star“-Weien ein ineinander greifendes Zusammenspiel, eine völlige Hingabe an das Kunstwerk und seine Forderungen nicht erzielt werden kann, ist leicht verständlich. Wie

**Aus Stadt und Land.**

**Wiesbadener Nachrichten.**

**Zur Wahl des neuen Stadtschulrats.**

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: Wie bekannt, ist unter den mehr als 200 Bewerbern um die am 1. April d. J. freierwerdende städtische Schulratsstelle Herr Ingenieurdirektor Dr. Müller in Duisburg gewählt worden. Diese Wahl wurde seitens der hiesigen Lehrerschaft allgemein freudig begrüßt; denn Herr Dr. Müller erscheint sowohl hinsichtlich seines Bildungsgangs als auch seiner Persönlichkeit als der rechte Mann für diesen ebenso schwierigen als verantwortungsvollen Posten. Besonders fällt für ihn ins Gewicht, daß er unser Volksschulwesen nicht nur aus der Ferne, vom grünen Tisch, her kennt, wie das sonst bei den Akademikern so häufig der Fall ist, sondern daß ihn sein Bildungsweg zuerst durch das Lehrerseminar und dann durch die Universität führte, und daß er vor Beginn seiner akademischen Studien verschiedene Jahre hindurch praktisch im Volksschulunterricht tätig war. Es ist aber ein anderes, ob ein Schulaufsichtsbeamter vorwiegend nur mit der Kenntnis der behördlichen Anforderungen in eine Schule kommt, oder ob er durch persönliche praktische Erfahrung auch mit den äußeren und inneren Gemüts- und Schwierigkeiten, die dort zu bekämpfen und zu überwinden sind, einmal näher bekannt geworden ist. Für Herrn Dr. Müller spricht ferner der Umstand, daß ihm während seiner Wirksamkeit als Leiter der höheren Mädchenschule im benachbarten Bielefeld auch unsere nationalliberalen und Wiesbadener Verhältnisse nicht fremd geblieben sind, und endlich, daß er von dort her vielen als eine Persönlichkeit bekannt ist, der man mit guter Zuversicht die Leitung unseres städtischen Volks- und Mittelschulwesens in die Hände geben darf. Aus allen diesen Gründen würde man es in der Wiesbadener Lehrerschaft lebhaft bedauern, wenn die mit augenscheinlich glücklichem Griff bereits vollzogene Wahl nun nachträglich doch noch, wie man zu befürchten Ursache haben soll, an gewissen finanziellen Bedenken seitens des Magistrats in die Wege führen sollte. Wie man hört, übersteigt das jetzige Gehalt Herrn Dr. Müllers in Duisburg dasjenige, welches er nach den bisherigen Sätzen hier zu erwarten hätte, um etliche hundert Mark. Es ist wohl selbstverständlich, daß er sich durch seine Überstufung nach hier gehaltlich wenigstens nicht verschlechtern möchte, und auch zu verstehen, wenn er eine dahingehende Bedingung geltend machte. Was die Stadt Duisburg dem Direktor ihres Lyzeums gehaltlich zusprach, das sollte doch wohl auch unsere Stadt demselben Herrn als Leiter ihres gesamten Volks- und Mittelschulwesens gewähren können. Die Gehaltsstaffel der Direktoren unserer höheren Schulen kann unmöglich nach dieser Seite hin flauisch bindend sein; denn die Stellung eines städtischen Schulrats, der über etwa 300 Lehrkräfte und die unterrichtliche und erzieherische Beeinflussung von vielen Tausenden von Schülern gesetzt ist, ist eine wesentlich andersartige und eigenartige.

— **Stellenfuchende Pfarren.** Man schreibt uns: „Im Regierungsbezirk Wiesbaden verfügt das Konsistorium über 25 Pfarramtswahlstellen und 5 Hilfsbedienter, von denen 14 bereits besetzt, aber noch nicht fest angestellt sind. Das hiesige Konsistorium könnte in der Angelegenheit besser Mandat schaffen, wenn mancher Geistliche nicht so lange im Dienst verbliebe. Im Reichs- und Staatsdienst müssen die Beamten meist mit dem 66. Jahre in den Ruhestand treten; nur die Diener der Kirche machen darin eine Ausnahme. Wir kennen Fälle, daß Geistliche im hohen Alter von 70, ja, 80 Jahren noch amtierten und halten das nicht für ganz zweckmäßig, so anerkanntwert der Amtseifer dieser geistlichen Würdenträger ist. Männer in solch hohem Alter können doch nicht mehr so ihres Amtes waltend, wie es erwünscht wäre. Sie sollten daher der Jugend Platz machen, die auf Anstellung wartet.“

— **Zählung der Kirchenbesucher.** Das hiesige Konsistorium hat die Zählung der Kirchenbesucher neu geordnet, und zwar soll sie in Zukunft am Sonntag Invokavit, zu Ostern, am 12. Sonntag nach Trinitatis und am 3. Advent stattfinden. Anfallsangehörige und Mannschaften des stehenden Heeres sollen bei der Zählung unberücksichtigt bleiben.

— **Die Jungdeutschland-Jugendwehr.** Die an den Werktagabenden ihre jugendlichen Mitglieder durch Körperübungen, Unterricht und Vorträge weiterbildet und tüchtig macht, ergängt diese Ausbildung durch regelmäßige Sonntagsgymnastik; hierbei spielt das Wetter keine Rolle. Diesem wird lediglich durch geeignete Kleidung Rechnung getragen. Die Jugendlichen sollen ihren Körper abhärten und stärken. Durch angestrebte Rücksichtnahme auf die Bitterung würde dies nicht erreicht werden. Einem „Zwiel“ oder übermäßigen Anforderungen wird vorgebeugt durch rechtzeitige Anordnungen des auf dem Gebiet der Jugendpflege verantwortlichen Übungsleiters, der durch einen praktischen Arzt und durch Mannschaften der

denn auch nicht selten die Gesamtdarstellung unter den hervortragenden Einzelleistungen eher leidet, als gewinnt.

In den Rhythmen des Kapellmeisters teilen sich neben einer Anzahl zweiter Kräfte Alfred Herz — ein tüchtiger Musiker — für die deutsche und Auro Toscanini für die italienische Oper. Toscanini ist ein Vollitaliener, was ihn aber nicht hindert, ab und zu einen von tiefem Verständnis für deutsche Kunst getragenen „Tristan“ aus dem hervorragenden Orchester herauszuholen. —

**Aus Kunst und Leben.**

\* Ein Autograph Ludwigs XVII. Es gibt wohl keine selteneren Schriftzüge einer modernen historischen Persönlichkeit als die Autogramme des kleinen Ludwig XVII. des unglücklichen Sohnes Ludwigs XVI. und der Marie-Antoinette. In der Sammlung Vobey, die 1836 in alle Hände geriet, wurde, was ein Autograph des Knaben gewesen, aber seitdem war es den eifrigsten Sammlern nicht gelungen, sich ein solches Autogramm aufzutreiben. Nun ist, wie der „Figaro“ mitteilt, ein Autograph des königlichen Prinzen aufgefunden, das nach authentischen Angaben aus dem Besitz des Schreiblehrers des Dauphin Jourdan-Duménil stammt. Die Melique stellt augenscheinlich eine Schreibübung des kleinen Prinzen dar; es ist ein linieriertes Blatt, auf dem er fünfmal seinen Namen Louis-Charles geschrieben hat. Es wäre von Interesse, diese zweifelslos echten Schriftzüge mit denen des angeblichen Dauphin zu vergleichen, und vielleicht könnte die Graphologie dann Licht bringen in eine Frage, die noch immer nicht ganz geklärt ist und erst jüngst wieder aufgeworfen ist.

Sanitätskolonne, die sich regelmäßig an den Geländebildungen beteiligen, wesentlich beraten und unterstützt wird. Die bisher erzielten Erfolge ermuntern zu rastloser Weiterarbeit. So rühten denn auch am letzten Sonntag 78 Jünglinge unter ihrem Führer aus. Ein Kriegsspiel im Gelände zwischen Aurigen, Geschloß und Raurod verlief bestens. Hierbei wurden die beiden Vorkämpfer vulkanischen Ursprungs besucht und an den Felsen konnten meterlange armstarke Eiszapfen bewundert werden. Das weite Feld war schneebedeckt, Straßen und Wege stark vereist, und trotz des Frostes wanderte es sich herrlich in Karer, reiner Winterluft. Nach Schluß der Übung glühten die Höhen des Rheins im stimmungsvollen Abendrot und die Berge des Taunus lagen bei hellem Vollmondchein wie eine Märchenlandschaft vor den bewundernden Augen der Stadtjugend. Rüstig ging es nun heimwärts, und zwischen 7 und 8 Uhr abends zog Jungdeutschland frohgemut mit klingendem Spiel in Wiesbaden ein.

**Bädergeschäftsversammlung.** Am Montagvormittag fand im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Bädergeschäftsversammlung statt, welche sich mit der Tagesordnung: Arbeitslosigkeit und als deren Folge Not und Elend der Bevölkerung in unserem Gewerbe“ beschäftigte. Nach dem Referat sind auch hier in Wiesbaden händig viele Bädergeschäfte ohne Arbeit. Im April 1913 wurden an einem Tage 70 arbeitslose Bäder gezählt. Im November waren 39 zu verzeichnen, und am Sonntag, den 28. Dezember v. J., wo eine Pählung in ganz Deutschland vorgenommen wurde, zählte man 26 Gehilfen ohne Stellung. Von diesen waren 12 verheiratete mit 24 Kindern. Vom Verband der Gehilfen wurden hier 1913 1063 M. 50 Pf. Unterstützung ausbezahlt und 1912 2181 M. 95 Pf. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Verarmung von der Gesetzgebung die staatliche Arbeitslosenfürsorge verlangt. Ebenso wird gefordert die Ausrottung der Ursachen dieser Arbeitslosigkeit, die Beschränkung der übergroßen Lehrlingszahl auf ein vernünftiges Maß und die gezielte Verfürgung der überlangen Arbeitszeit im Bädergewerbe.

**Jährliche Steuern.** Die Erhebung der 4. Rate (Januar, Februar und März) erfolgt vom 15. Januar ab straßenweise nach dem auf dem Steuerzettel angegebenen Hebesatz, und zwar: An der Hebestelle Nummer 17 (weiße Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben: A am 15. und 16. Januar, B am 17., 19. und 20. Januar, C, D am 21. und 22. Januar, E am 23. und 24. Januar, F am 25. und 26. Januar, G am 28. und 30. Januar, H am 31. Januar und 2. Februar, J, K am 3., 4. und 5. Februar, L am 6. und 7. Februar. An der Hebestelle Nummer 16 (grüne Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben: M am 15. und 16. Januar, N am 17. und 19. Januar, O am 20. und 21. Januar, P, Q am 22. und 23. Januar, R am 24., 26. und 28. Januar, S am 29., 30. und 31. Januar, T, U und V am 2. Februar, W am 3., 4. und 5. Februar, Y, Z und außerhalb des Stadtbezirks am 6. und 7. Februar. Die auf dem Steuerzettel angegebene Strafe ist maßgebend.

**Schaufensterdiebstahl.** In der Nacht zum Mittwoch wurde wieder ein Schaufenster mit Soden im Wert von 40 M. vor einem Wollwarengeschäft in der hinteren Bleichstraße ausgeraubt.

**Ein Kellerbrand** entstand gestern nachmittag aus unbekannter Ursache in dem Hause Langgasse 30. Die Feuerwehr beläufte den Brand mit einer Schlauchleitung. Rissen und Badmaterial sind verbrannt.

**Loablat-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zur Abh. für Rollen für Arme 10 M.; von H. H. für Hebrüder für Schulden 10 M.; von H. S. für die Götterkinder 3 M.; von W. S. für die Überwachungen 5 M.; von H. A. für die städtische Säuglingsmilkbank für Arme 5 M.

**Alte Notizen.** Die Stenographieschule „Wabelberger“ beginnt am Dienstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Mittelschule, Luisenstraße 26, Nummer 26, einen neuen Anfangskursus in Stenographie. Die Mitte November 1913 ins Leben getretene Reiseparkette des Gewerkschaftsvereins für eine Reise zum Besuch der Dresdener Ausstellung 1913 hat bereits einen Betrag von über 1000 M. aufzuweisen. Der Beitritt zur Kasse kann auch jetzt noch erfolgen. — Der „Katholische Leseverein“ beabsichtigt eine Erweiterung seines Heimats an der Luisenstraße, insbesondere seines Versammlungslokales, und hat dazu von befreundeter Seite eine nicht unerhebliche Schenkung zum bereits vorhandenen Kaufkapital erhalten.

**Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.**

**Königliche Schauspiele.** Morgen Freitag kommt Heinrich Heines Schauspiel „Die Stuben der Gesellschaft“ (1877) neu einstudiert zur Aufführung. Den Konusl Berndt spielt Herr Berndt, den Dona Hebel Fraulein Eichelheim. In den übrigen Hauptrollen sind die Damen Baurhammer, Doppelbauer, Gombi und Schröder sowie die Herren Herrmann, Venal, Lehmann, Rodius, Schneider, Schwab und Jostin beschäftigt. Die Regie führt Herr Vogel. Die Übersetzung ist die der großen Gesamtangabe und ist von Emma Klagenfeld besorgt. — Am Sonntag gastiert Charlotte Uhr vom Opernhaus in Frankfurt am Main als „Octavian“ im „Rosenkavalier“ (Abonnement D). — Am Sonntag gelangt „Oberon“ in der höchsten Bestspiel-einrichtung im Abonnement A zur Aufführung.

**Konzert.** Am Montag treten im Saal der „Loge Blau“ Anna Hesse, Bieder- und Oratorienfängerin aus Berlin (Soprano) auf und Paul Schumann (Bariton).

**Vorträge.** Der Verein für volksverständliche Gesundheitspflege, E. V., hat den Sachverständigen Dr. Keller-Hörwagner, der aus früheren Vorträgen an diesem Tage vorliegend bekannt ist, gewonnen, um über das Thema: Der Stoffwechsel, ein wunderbarer Vorgang in unserem Körper, Stoffwechselstörungen als die gemeinsame Ursache aller Krankheiten“ zu sprechen, und zwar am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Saal der „Loge Blau“.

**Über das weltumtrentete Thema die Wunderheilungen von Lourdes.** Das neuerdings die deutsche Presse wieder voll beschäftigt hat, hält heute abend im Saalbau der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße, der praktische Arzt Dr. Klauer aus München einen Vortrag, bei dem schließliche in Lourdes selbst gefertigte Lichtbilder die Tätigkeit der Ärzte bei der Konstatierung der Wunderheilungen illustrieren.

Die nächsten Volksvorträge werden in Verbindung mit dem Verein der Ärzte stattfinden, und zwar wird zunächst Professor Dr. Bergheimer an zwei Abenden über das Nut der Nerven und Linsen Menschen sprechen. Diese beiden Vorträge finden am 18. und 23. Januar im Saal des städtischen Rathsausschlusses statt.

**Wiesbadener Künstler ankündigt.** Esso Voigt, die, wie erinnerlich, vor zwei Jahren ihre Bühnenlaufbahn am hiesigen Königlichen Hoftheater begonnen und jetzt als erste Altistin am Stadttheater in Rosen engagiert ist, erstellte kürzlich bei der Aufführung von „Frau Anne“, komische Oper von Leosaks, einen schönen Erfolg. Die „Wiesbadener A.“ schreiben: „Fr. Esso Voigt freierte die Titelfigur in einer geradezu wunderbaren Weise. Die stolze Schönheit ihres Auftretens das vornehme Spiel und der wohlklingende Gesang verdienen die höchste Anerkennung.“ Ferner wird berichtet über Fr. Voigts „Ortrud“: „Das viele schöne Stimme eine sorgfältige und künstlerisch einwandfreie Schulung erfuhr, ergab sich zweifellos schon in ihrem ersten Duett mit Leframund; dazu

kommt die große Tragfähigkeit des Organs bei stets gewohntem Wohlklang, sowie die leichliche Anteilnahme an der Handlung.“ Der große Umfang der beschriebenen Stimme berechtigt Fr. Voigt, große Hoffnungen auf ihre spätere Karriere zu setzen.“

**Aus dem Vereinsleben.**

**Vorberichte, Vereinsversammlungen.**

Der Stenographenverein „Wabelberger E. V.“, ladet die Mitglieder zu der am Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im „Hotel Vogel“, Abenthrage 27, stattfindenden Generalversammlung ein. Magistratsassistent Tollsdorff wird dabei einen Vortrag, betitelt: „Wabelberger als Mensch“, halten.

In der vorgestrigen Versammlung des Vereins ehemaliger Schüler des Königl. humanistischen Gymnasiums wurde Justizrat Siebert zum Vorsitzenden, Dr. Müller-Gottell in Elville zum Schriftführer und Dr. med. Althaus zum Kassenschatz erwählt. Der Jahresbericht ist auf mindestens 1 M. festgesetzt; die einmalige Zahlung von 25 M. gilt für die ganze Zeit der Mitgliedschaft. Die ehemaligen Schüler des Königl. Gymnasiums (auch Nicht-abolventen) können sich bei einem der genannten Herren oder bei der Gymnasialdirektion als Mitglieder anmelden, auch für den Verein werden oder Adressen ihrer ehemaligen Mitschüler angeben.

**Aus dem Landkreis Wiesbaden.**

**Biebrich, 12. Januar.** Bei dem gestrigen Volksunterhaltungsabend des „Volksbildungsvereins“ gab Lehrer Rudolf Dieb aus Wiesbaden eine Reihe seiner munterartigen Gedichte zum Besten und erzielte lebhaften Beifall. Fr. Ema Dertel (Wiesbaden), hier ebenfalls nicht unbekannt, trug die Ager-Arie aus den „Eugenoten“, Waldvogeln“ von Ladamer und schließlich noch Rener-Hellmanns Rasos-Ständchen vor und erzielte lebhaften Applaus. Fr. Dertel (Wiesbaden) bewies in Gedichten „Biegenliebe“ und „Liebesgruß“ von Egar ihre bekannten Vorzüge. Von den heimischen Gesangsvereinen hatte sich diesmal der Männergesangsverein „Fidelio“ mit verschiedenen Chorvorträgen in den Dienst der guten Sache gestellt. Auch viele Vorträge wurden jedesmal mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. — Die weiteren volkstümlichen Ermittlungen über den gestrigen gemeldeten Versuch des Tagelöhners Rich. Schieber, seine getrennt von ihm lebende Ehefrau im Rhein zu ertränken und sich ihrer auf diese Weise zu entledigen, haben ergeben, daß die Angaben der Frau zweifellos auf Wahrheit beruhen. Einer Patrouille der Unteroffizierschule, die etwa um halb 10 Uhr den Leinwand passierte, war ein Mann aufgefallen, der sich aus ihrem Schilde waghäufig. Der Patronenführer beobachtete erst den Mann zu fliehen, als er plötzlich vom Rhein her lautlos Wimmern hörte. Bei näherem Zusehen bemerkten die Soldaten die fast bis an den Hals im Wasser stehende Frau. Sofort wurden, während man der Frau zurief, noch ein Weibchen auszubahren, alle Anstrengungen gemacht, um weitere Hilfe aus der Kaserne sowie Rettungsmaterial herbeizuholen. Inzwischen war auch ein patrouillierender Polizeikomater erschienen. Die Bemühungen der wackeren Leute waren von Erfolg. Im Krankenhause, wohin die schon nahe am Erstarren gewesene Frau gebracht wurde, erholte sie sich bald wieder. Wie schon mitgeteilt, wurde der Mann verhaftet. Er wird sich dabei demnächst wegen Mordversuch zu verantworten haben.

**Biebrich, 14. Januar.** Der Rhein bricht seit gestern Treibeis. Bei dem hohen Wasserstand (die Ufer sind unterhalb Biebrich bereits teilweise überflutet) ein selten schönes Naturschauspiel.

**Schierstein, 13. Januar.** Der Turngau Süd-Rassau hält sein diesjähriges Kaufest am 4., 5. und 6. Juli hier ab. Man ist schon jetzt eifrig bemüht, dem Fest einen in jeder Hinsicht befriedigenden Verlauf zu sichern.

**Gelsch, 13. Januar.** Der Gesangsverein „Frohinn“ feiert am 18., 19. und 20. Juli d. J. sein 50-jähriges Jubiläum, verbunden mit Fahnenerhebung.

**el. Gedheim, 13. Januar.** Die Stadt hat den Leiter des hiesigen Elektrizitätswerkes ausbilden lassen. Pilsbad-Letteranlagen zu prüfen. Für die Prüfung ist eine kleine Gebühr zu zahlen, die in die Stadtkasse fließt. Für schriftlich abzugebende Gutachten, unter denen die Befreiung der Prüfung nicht zu bestehen ist und die kostenfrei erteilt wird, ist eine Gebühr von 3 M. zu zahlen. — Der Gesangsverein „Sängerbund“, der hiesige biesige Gesangsverein und Inhaber gleicher Preise, darunter mehrere erster Preise, hielt gestern abend im „Kaiserhof“ sein diesjähriges Stiftungsfest ab, das sich eines sehr starken Besuches erfreute. Die Chöre: „Der Steuermann“, „Wie's dabei war“, „De Damfch“ und andere fanden anerkennenden Beifall. Der Humor kam in einigen Einaktern zur Geltung.

**Rassauische Nachrichten.**

**Die sporende Post.**

**S. Hasenburg, 13. Januar.** Doch wie im Zeitalter des Verkehrs leben, scheint für das hiesige Postamt nicht zuzutreffen; denn seit dem 1. Januar hat man für die Landorte die zweite Vostellung abgekauft. Wie es heißt, soll diese merkwürdige Maßregel für den ganzen Winter gelten. Damit hat man die Landorte in bezug auf den Postverkehr schlechter gestellt als vor 20 Jahren; denn der zweite Vostellung besteht schon länger als 20 Jahre. Merkwürdige Zustände entstehen dadurch: Briefe a. V., die am Samstag gegen 10 Uhr morgens in Hasenburg eintreffen, gelangen erst am Montag gegen 11 Uhr in die Hände der Empfänger. Sie lagern also 30 Stunden in den Händen der Post. Das Sonderbarste ist aber, daß auch Allstadt, das mit Hasenburg fast zusammenhängt, nur eine einmalige Vostellung hat. Wie wir hören, wollen die Ortsräte zunächst bei der Oberpostdirektion vorstellig werden und dann durch den Reichstagsabgeordneten bei der Reichsregierung sich beschweren.

**Zählische Unfälle.**

**ht. Heiger, 13. Januar.** Beim vorzeitigen Abspringen von einem Eisenbahnzug geriet der jugendliche Bahnarbeiter Albert Kempfer aus Nadenbach unter die Räder. Er wurde überfahren und starb bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

**n. Langenschwalbach, 13. Januar.** In der Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des „Rassauischen Altertumsvereins“ im „Weidenhof“ sprach am letzten Sonntag Herr Lehrer Stürckath aus Biebrich über: „Das Volkslied“. Er fand lebhaften Beifall. — Der „Bürgerverein“ hielt gestern seine ordentliche Generalversammlung im Restaurant „Löwenburg“ ab, bei der jeder Teilnehmer ein Mitglied ab. Zu der Frage der „Beiträge zur Handwerkerkammer“ wurde noch längerer Debatte eine Resolution gefaßt, in welcher gesagt wird: „Die Versammlung sieht in der Anforderung der Beiträge zur Handwerkerkammer eine Belastung des Handwerks, die ganz besonders in den jetzigen ungünstigen Verhältnissen schwer empfinden wird. Wir bitten, es bei den künftigen Verhältnissen der Stadt den Handwerkern gegenüber zu belassen und die Beiträge auf die Stadtkasse weiter übernehmen zu wollen.“

**hd. Odsh, a. M., 14. Januar.** Bei der Einfahrt des Zuges 569 von Frankfurt a. M. um 5 Uhr 47 Min. gestern abend wurde der Arbeiter Gütler aus Ober-Jossa von Zug erfasst und fiel zwischen Wagenseigante und Zug.

Er erlitt am Kopf einige Wunden. Der Mann war von hinter ihm stehenden Arbeitern gestochen und geriet unter den Zug.

**Erbach i. Rh., 12. Januar.** Der Kommandant der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, Herr Wilhelm Cray, wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau zum Branddirektor ernannt und ihm gleichzeitig das Abzeichen Nr. 1 mit Nagelwerk zugeteilt.

**n. Gaus, 13. Januar.** Oberleutnant Kern hier selbst erhielt das Verdienstkreuz in Gold. Derselbe war fast 50 Jahre im Dachziegelbergbau tätig, zuletzt viele Jahre auf der Grube „Wilhelm Erbstollen 1887“. Herr Kern ist der frühere Besitzer der „Stadt Mannheim“.

**o. Oberahnheim, 13. Januar.** Eine Frau von hier, deren Mann schon seit längerer Zeit in einer Irrenheilanstalt untergebracht ist, besuchte diesen gestern. Auf der Rückfahrt verfiel die Frau ebenfalls in Tränen, so daß sie sofort in dieselbe Anstalt untergebracht werden mußte, in der sich ihr Mann befindet.

**Limburg, 13. Januar.** Vorgestern verschied im Alter von 70 Jahren ein alter Veteran, der Schutzmacher Heinrich Klärner. Der Verstorbene machte als Nassauer Jäger 1866 den Feldzug mit und 1870/71 bei der 8. Kompagnie des Hess. Rüstler-Regiments Nr. 80 den Feldzug gegen Frankreich, wobei ihm wegen seiner Tapferkeit in der Schlacht bei Wörth das Eisene Kreuz verliehen wurde.

**X. Diez, 12. Januar.** Mit der Neujahrsschließung im Betrag von 134 M. wurde die „warme Frühstückskasse“, die Kleinkinderschule und der Krankenhausesverein mit je einem Drittel bedacht. — Die Firma Christian Sommer zu Ems hat die städtischen Anschlagsläusen dahier gepachtet.

**ht. Gerborn, 13. Januar.** In der Eisenergrube „Rotland“ büßte der 18jährige Bergarbeiter Theis durch einen unglücklichen Sturz von einem hohen Gerüst sein Leben ein.

**Aus der Umgebung.**

**Mitteldeutscher Viehhändler-Verein.**

**fo. Frankfurt a. M., 11. Januar.** Der Mitteldeutsche Viehhändler-Verein hielt heute im „Löwenhof“ in Frankfurt am Main seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Forderungen der Frankfurter Kuh- und Rindermehrer an den Viehhändler, Kühe und Rinder auf dem Frankfurter Viehmarkt mit Wärschhaft zu verkaufen, sowie die Händlervieh-Quarantäne im Grobherzogtum Hessen. Es kam zum Ausbruch, auf dem am 9. November 1913 in Frankfurt a. M. in einer außerordentlichen Generalversammlung der Viehhändler gefaßten Beschluß zu verharren. Dieser ging dahin, daß die den Frankfurter Viehmarkt mit Kühen und Rindern befahrenden Händler von jeglichen Unterhandlungen mit dem Konsortium der Kuh- und Rindermehrer so lange absehen, bis ein neues Abkommen seitens der Ochsenhändler und -kommissionäre mit der Viehmarktbank Frankfurt a. M. getroffen werde. Der Vorsitzende des „Oberhessischen Viehhändler-Vereins“ hatte erklären lassen, daß der Verkauf des Viehes auf dem Frankfurter Marke von den Mitgliedern seines Vereins weiter ohne Garantie und ohne jeglichen Abzug geschehe. Die Versammlung nahm gegen eine Stimme obigen Beschluß an, nach dem noch darauf hingewiesen war, daß die in Köln a. Rh. konstituierte „Viehhändlerbank“ noch im Laufe dieses Jahres eine Filiale in Frankfurt a. M. errichten werde. Mit dieser Viehhändlerbank werde der Handel der Viehmarktbank, einer Institution der Mehrer, ein Paroli bieten; dann werde die Frage des Verkaufs der Kühe und Rinder mit oder ohne Wärschhaft am ehesten gelöst werden. Ein Antrag, der Verein möge die Händlerhändler gegen den Abzug von einem Prozent beim Rinderverkauf durch die Viehmarktbank schützen, wurde dem Vorstand zur weiteren Behandlung übergeben.

**Fortschrittliche Gemeindevertreterkonferenz.**

**Frankfurt a. M., 13. Januar.** Die fortschrittliche Gemeindevertreterkonferenz, die am kommenden Samstag und Sonntag hier tagt, begegnet allenthalben lebhaftem Interesse. Wie wir erfahren, ist schon eine stattliche Reihe von Anmeldungen zur Teilnahme daran eingegangen. An dieser Tagung, die am Samstag, den 17. Januar, im „Hotel Kaiserhof“, Goetheplatz 5, abends 7 Uhr, beginnt und Sonntagvormittag 10 Uhr im „Kaufmännischen Verein“, Eschenheimer Anlage 40/41, fortgesetzt wird, haben außer den eingeladenen Gemeindevertretern und Magistratsmitgliedern auch eingeschriebene Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei Zutritt.

**Stroßenbahn-Verunsicherung.**

**ht. Frankfurt a. M., 11. Januar.** Die Stroßenbahnverunsicherung rüht in Zukunft alle auf freier Straße fahrenden Motorwagen mit Fernsprechern aus, damit diese bei Unfällen und Betriebsstörungen sofort dem zuständigen Bahnamt Mitteilung machen können. Die Verbindung wird durch eine Bombasthonne, die mit ihren Haken in die Fernsprechleitung an den Masten eingespannt wird, hergestellt. Die Stroßenbahn von Bodenheim nach Dausen und Braunheim erbielt bereits die Apparate.

**Selbstmord im Gerichtssaal.**

**wb. Frankfurt a. M., 14. Januar.** Selbstmord durch Vergiftung verübte gestern im Saal der Strafkammer des hiesigen Landgerichts, der Malermeister Karl Kurt aus Steenberg. Kurt war wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem das Urteil verlesen war, setzte er sich nieder und leerte vor den Augen der Richter ein Glaschen mit Gift. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

**bs. Mainz, 13. Januar.** Zwischen den beiden feindlichen Gruppen in der Mainzer fortschrittlichen Volkspartei sind unter dem Vorh. des Landtagsabgeordneten Heinrich Darmstadt und drei weiteren Mitgliedern des Landesauschusses Verhandlungen zur Beilegung der Zwistigkeiten im Gange, die in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht werden sollen. Auf der nächsten Sonntag in Frankfurt a. M. stattfindenden Sitzung des Landesauschusses der Partei soll über die Zwistigkeiten ebenfalls verhandelt werden.

**ht. Frankfurt a. M., 13. Januar.** Der Magistrat hat eine Vorlage über die Errichtung eines städtischen Nachrichtenbureaus in Vorbereitung. Durch das Bureau sollen der Presse alle wichtigen Mitteilungen über städtische Angelegenheiten zugeführt werden. Infolge aber soll es auch als „Dementierstudie“ für unrichtige Zeitungsmeldungen dienen. (Die gleiche Absicht besteht in Wiesbaden, wo sie demnächst auch verwirklicht werden soll. Schriftl.) — Gestern verschied im Alter von 77 Jahren der 2. Vorsitzende des hiesigen „Taunusklub“, Herr Gustav Scholl. Er hat nahezu 40 Jahre, und zwar vorzugsweise als 2. Vorsitzender, für den „Taunusklub“ gewirkt. — Der frühere zweite Bürgermeister

Frankfurt, Geheimrat Regierungsrat Dr. Adolf Barren- trapp, feiert am 18. Januar seinen 70. Geburtstag. Er hat sich um die Finanz- und Bodenpolitik der Stadt be- sondere Verdienste erworben. Am 1. Januar 1907 trat er in den Ruhestand.

ht. Bob Gomburg v. d. S., 13. Januar. Für die weitere Ausschmückung des siamesischen Tempels wurden, wie man in der heutigen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, zwei Stiftungen im Betrag von 7700 M. gemacht. Im allge- meinen gab man der Befürchtung Ausdruck, daß das kunstvoll gezimmerte, gemalte und geschnitzte Bauwerk den Unbilden des deutschen Klimas nicht gewachsen sei und deshalb für die Stadt ein sehr kostspieliges Geschenk werde.

ht. Bischof, 13. Januar. Wie verlautet, hat eine Frank- furter Dame einem hiesigen Dienstmädchen, das lange bei ihr geblieben, ein Kapital von 25000 M. testamentarisch vermacht.

rnk. Darmstadt, 13. Januar. Ein aus Winterwil in der Schweiz stammender Student an der Technischen Hoch- schule wurde heute durch die Polizei unter der Beschuldigung festgenommen, aus den Häfen und den Garderoben der Hochschule Bücher, Uhren usw. entwendet zu haben. Er bestreitet die Diebstahl-Abficht, gilt aber für überführt. — Prinz Waldemar von Preußen ist heute hier einge- troffen und nahm an dem abends im alten Palais stattge- habten Hofball teil, zu welchem das Großherzogliche Paar wieder etwa 400 Einladungen hatte ergehen lassen. — In Kellertbach a. M. wurde gestern eine weibliche Leiche gefunden, die etwa 35 Jahre alt ist und deren Ver- leihungen darauf schließen lassen, daß ein Verbrechen vorliegt.

ht. Groß-Oraun, 12. Januar. Die Nachricht von dem Tod des hiesigen Fabrikdirektorsohns Wilhelm, der am Freitag vor dem Amtsgerichtsgebäude von einem Arbeiter niedergeschlagen wurde, bestärkt sich nicht. Der junge Mann ist zwar lebensgefährlich verletzt, doch ist seit gestern früh eine kleine Wendung zum Besseren und damit die Hoff- nung auf Erhaltung des Lebens eingetreten.

S. Altkirchen (Wetterwald), 13. Januar. Am 11. d. M. gegen Abend brach in einem der ältesten Häuser unserer Stadt, dem Wulfenbachschen, Feuer aus, das den Dachstuhl vernichtete. Dem energischen Eingreifen der Feuerwehr war es zu danken, daß das Feuer nicht weitergriff, was bei dem starken Wind hätte verhängnisvoll werden können.

### Gerichtssaal.

#### Wiesbadener Schwurgericht.

we. Minderbrechen. In der dritten Sitzung erschienen vor dem Schwurgericht der Agent und Kellner Julius Wahl sowie der Schmied Karl Stemmler, beide von Wies- baden, wegen Minderbrechens. Wahl ist 28 Jahre alt und verheiratet. Stemmler ist 32 Jahre alt. Die Leute, die seit dem 23. November in Untersuchungshaft sassen, sollen im Jahre 1913 zu Wiesbaden inländisches Metallgeld nachgemacht und zum Zweck der Fälschung durch Herausgabe in Geschäften, Wirtschaften usw. in den Verkehr gebracht haben. Die Ver- handlungen wurden hinter verschlossenen Türen geführt. 20 Zeugen waren vernommen. Bei den nachgemachten Münzen hat es sich lediglich um Zweimarkstücke gehandelt. In der Hauptsache wurden die Münzen in Geschäften und zu Zeiten, in denen ein besonders reger Verkehr herrschte, ausgegeben. Jeder der Angeklagten wurde zu neun Monaten Ge- fängnis verurteilt.

### Snort und Spiel.

Hobsteigh-Rennen im Tannus. Der Hobsteighklub Tannus, St. Frankfurt a. M., teilt mit, daß er, ermuntert durch das vorzügliche Gelingen der ersten Probefahrten auf der neuen Hobsteighbahn am Feldberg, und weil augenschein- lich die Schneeverhältnisse günstig sind, beschlossen hat, Sonnt- ag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr, sein erstes Hobsteigh- Rennen abzuhalten. Für die Zuschauer ist die Bahn, die sich zwischen Stodhorn und Kanonenstraße hinzieht, am besten von letzterer zu erreichen. Das Ziel liegt ungefähr zwischen Hohen- markt und Sandpladen. Von Hohemark erreicht man auf be- quemem Wege in etwa 3/4 Stunden das Ziel der Bahn, von wo aus auch der Zutritt zur großen Kurve gestattet ist.

sr. Kodel, Ski- und Eislauf-Konkurrenzen. Die Ski- meisterschaft von Tirol gelangte bei starkem Schneee- treiben in Route zum Austrag. Die Meisterschaft gewann Luab (Deutsche Eishockey-Gesellschaft Prag), der im Sprung- lauf mit drei gelangenen Sprüngen die beste Leistung voll- brachte. Im Langlauf Klasse 2 siegte v. Kofelt (München) in 49 Min. 25 Sek., und in der Jugendklasse C Abel (München) in 51:26. Der Hauptverbandsskirennlauf des Deutschen Ski-Verbandes findet nunmehr be- stimmt am 24. und 25. Januar in Garmisch-Partenkirchen statt. — Die Kodelmeisterschaft von Sachsen wurde von dem Verteidiger Altman (Reichenau) vor Dr. Okerot (Leipzig) gewonnen. Die Zweifachmeisterschaft sah die Leipziger Dr. Okerot v. Strimmann als Sieger. Die Kodelmeisterschaft von Bayern gelangte in Ober- aubach zur Entscheidung. Sieger wurde Berger (Gebsch) vor dem Münchener Ojelen. — Die Kunstlaufmeiste- rschaft von Frankreich auf dem Eise, die in Ghamonix ausgetragen wurde, gewann der Franzose Carvajal mit der Platziffer vor dem Amerikaner William mit Platziffer. — Die Skilaufmeisterschaft von Mitteldeutsch- land um den Ehrenpreis des Großherzogs von Sachsen-Weimar wurde bei dem Wintersportfest in Jmenau ent- schieden und von dem Norweger Nisch-Weberien mit der Note 1 für einen gestandenen Sprung von 20 Meter gegen Judschwert (Jmenau) gewonnen. Der Langlauf fiel des schlechten Wetters wegen aus. Auf dem Semmering bei Wien gelangte ein Österreicher in Skispringen zum ersten Male zum Austrag. Es handelte sich um Österreich, die Schweiz und Deutschland um den Ehrenpreis der Stadt Wien gegenüber. Erwartungsgemäß errangen die Norweger mit ihrer hervorragenden Mannschaft Penttinen, Audi, Gogold einen überlegenen Sieg über die erste österreichische Man- schaft. Die Schweizer delegierten wider Erwarten nur den dritten Platz vor den Deutschen Glas, Luther und Sailer. Den Preis für den weitesten gestandenen Sprung landete der Nor- weger Oistad mit einem schönen Sprung von 35 Meter. — Das Wintersportfest in Braunlage brachte als inter- essanteste Konkurrenz einen Militär-Patrouillenlauf, in dem Rüter des Jäger-Bataillons Nr. 10 die ersten Plätze belegten. In dem Militär-Langlauf siegte der Musiker Benzl vom Inf.-Reg. Nr. 165 vor dem Unteroffizier Banje vom Inf.-Reg. Nr. 92. — Bei den Bobrennen in Oberhof

sicherte sich der Bob „Biedermaus“ in 4 Min. 40 Sek. den ersten Platz vor „Sturmvogel“ und „Preußen“. — Der Ver- liner Schlittschuh-Klub konnte durch den Sieg von 10:2 über Gesla Sportklub Spoleknoj die Österreichische Eisho- cken-Meisterschaft in Prag zum zweiten Male ge- winnen.

Ein Sportlehrerkursus beginnt in den nächsten Tagen, voraussichtlich am 19. Januar, in Mainz für Mainz, Wies- baden und Umgebung. Dazu wurde der von Kränlein aus- gebildete Frankfurter Sportlehrer Willy Dörer verpflichtet, der auch gleichzeitig dazu berufen wurde, das 18. Armeekorps auszubilden. Es finden also gleichzeitig zwei Kurse statt; nach- mittags ein solcher für Offiziere, Unteroffiziere und Mann- schaften; abends und Sonntag ein solcher für Sportvereine, Turner, Turnlehrer, städtische Lehrer und private Interessente. Gelehrt werden die modernen olympischen Übungen des Laufens, Springens, Werrens usw., die ergänzende Gym- nastik sowie die allgemeinen Trainingsvorschriften bezüglich der Ernährung, der sonstigen Lebensweise und alle weiteren wichtigen Sportfragen. Anmeldungen für den Abendkursus sind umgehend an Oberleutnant Peters (Mainz-Kastell) zu richten. Übungsort ist die Halle in der Kaffeler Pionier- kaserne, die Übungen im Freien finden auf dem angrenzen- den Gelände statt. Es wird eine geringe Gebühr von den Teilnehmern zur Deckung der Unkosten erhoben.

wb. Zum Pariser Sechstagerrennen. Paris, 14. Jan. Aus der Spitzengruppe sind 8 Mannschaften ausgeschieden. So daß die Spitzengruppe nur noch aus 12 Paaren besteht. Am 3 Uhr morgens waren 988,6 Kilometer zurückgelegt.

### Neues aus aller Welt.

73000 M. hinter dem Ofen verbrannt. Braunschweig, 14. Januar. Gestern entlief im Erdgeschos des Hauses Wilhelmstraße 70 ein Schandfeuer. Als man den Brand löschte, fand man hinter einem Ofen altes Papier und darin verbrannt ein Sparkasten und Hypothekendrucke im Werte von 73000 M., die einem Geizhals, dem Kalermeister Preuß, ge- hörten.

Beim Eislaufen eingeschoben. Merla b. M., 14. Jan. Beim Eislaufen brachen gestern fünf Schulanfänger ein. Ein Winger rettete vier, darunter sein eigenes Kind. Der fünfte konnte nur als Leiche geborgen werden.

Selbstmord aus gekränkter Ehre. Bremerhaven, 14. Januar. Der Kapitän des Fischdampfers „König“, dem vor einigen Tagen vom Seeamt sein Patent aberkannt worden war weil er die Strandung des Schiffes übersehen hatte, hat sich in der vergangenen Nacht in einer Droschke zwei Autkil in die Selbsttötung gelassen. Sein Zustand ist ernst.

Ein Kaufmannsbrand. Schotten, 14. Januar. Heute nacht brannte hier das Rheinische Kaufhaus vollständig nieder. Der Brand scheint infolge eines überheizten Ofens entstanden zu sein. Nur mit Mühe konnte das Feuer auf seinem Herd beschränkt werden. Die in der Nähe belegene Stellung des bekannten Touristenhotels „Zur Traube“ wurde beschädigt.

Zum Schiffbruch des Royal-Mail-Dampfers „Cobcauid“. Halifax (New-Braunschweig), 14. Januar. Die funkel- telegraphische Verbindung mit dem Royal-Mail-Dampfer „Cobcauid“ hat aufgehört. Der Leutnantenmeister auf Briar Island berichtet, daß er äußerliche Anzeichen der Lage des Dampfers zu bestimmen. Man nimmt an, daß es ein Irrtum des Kapitäns war, daß das Schiff bei Briar Island ge- scheitert sei. Ein fürchterlicher Nordweststurm erwidert die Rettungsversuche. Die letzte Nachricht des Dampfers lautete dahin, daß der vordere Schiffsraum voll Wasser sei. Man glaubt, daß der Dampfer 100 Passagiere und ebenso viel Mannschaften an Bord habe. Einer späteren Meldung zufolge glaubt man, daß der „Cobcauid“ verloren ist. Seit 7 Uhr fehlt jede Nachricht. Regierungsdampfer haben in der Nähe von Briar Island keine Spur von ihm gefunden. — Lon- don, 14. Januar. Der „Daily Chronicle“ meldet aus Halifax vom 13. Januar: Unter den Dampfern, die auf das Rot- tinal des „Cobcauid“ antworteten, befindet sich auch der Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“, der etwa 200 Meilen west- lich von Kap Ebel sich befand.

Die Lawinenkatastrophe. Davos, 14. Januar. Die 5000 Kurgäste, die zurzeit hier weilen, sind vom Verkehr mit der Außenwelt völlig abgeschnitten, da die Staatsstraße Davos- Kloster durch Lawinenstürze gesperrt ist. Aus vielen Orten Tirols treffen weitere Nachrichten über verheerende Lawinen- stürze ein. In St. Christoph erreicht der Schnee eine Höhe von 1/2 Meter. Das Hospiz liegt bis zum Dach im Schnee. — Neue Lawinenkatastrophe. Wien, 14. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Innsbruck: Bei den Abraumungs- arbeiten an der großen Lavine auf der Rittenerwaldbahn ist eine neue Schneelawine niedergegangen. Mehrere Arbeiter sind verschüttet worden. Einer davon wurde getötet, ein anderer verletzt. — Auf der Arberbahn ereigneten sich bei den Abraumungsarbeiten auf dem Bahngleis zwei tödliche Un- fälle. Aus diesen Orten kommen Nachrichten über Lawinen- stürze, die einen beträchtlichen Schaden verursachten.

Eine internationale Diebstahlschande. Wien, 14. Januar. Hier wurde eine aus vier Personen bestehende internationale Diebstahlschande verhaftet. Drei Mitglieder kommen aus Rus- land, der vierte ist ein Barbier aus Österreich.

Eine Frau. A. u. m. c. 14. Januar. Im Quorners-Golf wütete eine orkanartige Welle. Man beschützte Schiffsunfälle. Deutsche Hilfe für einen französischen Hilfsdampfer. Paris, 14. Januar. Wie aus Tunis gemeldet wird ist es dem deutschen Rettungsschiff „Wilhelm“ gelungen, der bei Sahbia gestrandeten französischen Hilfsdampfer „Kansoure“ wieder flott zu machen.

Der sechsjährige Prozess der ehemaligen Gräfin Castellani. Paris, 14. Januar. Nach einer Ermittelung hat der pariserische Gerichtshof nunmehr die Ehe des ehemaligen Deputierten Graf von de Castellani mit der Tochter des amerikanischen Milliardärs Gould, die sich vor einigen Jahren mit dem Herzog von Sagan verheiratet hat, endgültig für null und nichtig erklärt. Der Prozess hat an sechs Jahre gedauert. Ein Erbschaftsanklagfall. Rotterdam, 14. Januar. Heute vormittag erobierten einige Flaschen Sulfidwasser am Meer. Eine Person wurde getötet, acht Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Es ist erheblicher Sachschaden entstanden.

### Deutscher Reichstag.

#### Sozialpolitische Debatte.

# Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In seiner großen Herrenhausrede am vorigen Samstag hatte der Reichstag so diplomatische und vornehmliche Graf Hork sich zu einer ganz unbedingten Kritik des Reichstags und seines Verhaltens gegenüber den Wehr- und Beschäftigungsvorlagen hinreichend lassen, ja er hatte, wenn auch nicht wörtlich, so dem Sinne nach der Reichs- tagsmehrheit Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen. Dagegen, als einer Beleidigung des Reichstages, protestierte (wie schon in der Abend- ausgabe gemeldet wurde) zu Beginn der Sitzung Prä- sident Dr. Kaempf in einer kurzen, aber eindrucksvollen Erklärung. — Auf der Tagesordnung standen heute wiederum ausschließlich Petitionen, darunter einige allerdings besonders interessante. Gleich die erste Petition, welche weitergehende Schutzbestimmungen für die Erd- und Hüttenarbeiter for-

derke, hatte eine ausgedehnte Debatte im Gefolge, so- daß man gar nicht über den ersten Gegenstand hinaus- kam. Der sozialdemokratische Abgeordnete Spiegel und der Zentrumsabgeordnete Giesberts erklärten beide übereinstimmend nicht nur eine gesetzliche Rege- lung für erforderlich, sie traten auch in seltener Har- monie für die gesetzliche Einführung des Acht- stundentages ein. Herr v. Graefe (Fon.) war das Tempo der sozialen Fürsorge zu rasch, er versuchte, etwas zu bremsen oder sogar rückwärts zu futschieren und sich doch zugleich als begeisterten Arbeiterfreund hinzustellen. Morgen steht die sozialdemokratische Fabern-Interpellation und die Sonn- tagsruheninterpellation auf der Tagesordnung.

### Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“. # Berlin, 14. Januar. Am Bundesratsstisch: Kommissare. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr. Die Sozialdemokraten haben eine Interpellation, betreffend die Kriegsgesetzsurteile in Straß- burg, eingebracht. Diese Interpellation wird auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden. Präsident Dr. Kaempf gibt die im Abendblatt schon mit- geteilte Erklärung ab. Auf der Tagesordnung stehen

#### Petitionen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, die Gesellschaft für soziale Reform u. a. bitten um weitere Schutzbe- stimmungen für die Arbeiter in der Schwer- eisenindustrie. Die Kommission beantragt Über- weisung zur Berücksichtigung, bezw. zur Erwägung. Die Konservativen beantragen Überweisung zur Erwägung.

Abg. Spiegel (Soz.): Die Bundesratsverordnungen zum Schutze der Hüttenarbeiter reichen nicht aus. Vor allen Dingen aber sind wir unzufrieden mit der Ausführung dieser Bundesratsverordnungen. Wir fordern, daß den Gewerbe- inspektoren Assistenten aus den Arbeiterkreisen zur Seite gestellt werden.

Abg. Giesberts (Zentr.): In England hat man den Acht- stundentag erreicht und man hat mit dieser Verfüzung der Arbeitszeit die besten Erfahrungen gemacht. In anderer Beziehung, ich erinnere an die Einrichtungen bei Krupp, Spießsäse usw., sind wir dem Ausland voraus. Wir müssen die langen Arbeitschichten zu beseitigen suchen und nach dem Achtstundentag hinstreben.

Die Bundesratsverordnungen müssen so abgefaßt und durch- geführt werden, daß eine wirkliche Besserung der Verhältnisse im Hüttenwesen geschaffen wird. (Bravo!)

Abg. Brüttner (nail.): Wir werden bei der Staatsberatung in Anregung bringen, daß, bevor neue Bestimmungen ge- troffen werden, das Reichsgesundheitsamt und eine Vorlegung über den Gesundheitszustand in der Grobeisenindustrie gibt. Diese Industrie kann sich mit ihren Zuständen sehr wohl sehen lassen. Die verlangten Arbeiterkontrollen, die nach dem Muster der Sicherheitsmänner eingeführt werden sollen, dürften keine besseren Erfolge haben als die bisherigen. Sie würden ebenfalls zum Mittelpunkt der politischen Agitation werden. Wir haben gegen diese Einrichtung die schwersten Bedenken. Das Prämiensystem hat sich ganz gut bewährt. Wir schließen uns dem Antrag der Konservativen an.

Abg. v. Gräfe-Güstrow (Fon.): Wir haben dasselbe Wohl- wollen für die Arbeiter wie die anderen Parteien. Auch die petitionierenden Sachverständigen sind sich nicht einmal einig in dieser Frage. Deshalb müssen die Konsequenzen mit Vor- sicht gezogen werden. Ein Vergleich mit der englischen In- dustrie ist nicht möglich, da die dortigen sozialen Kosten mit denen in Deutschland nicht zu vergleichen sind. Der Acht- stundentag ist dort nicht etwas gesetzlich eingeführtes, sondern beruht auf der Grundlage privater Abmachungen mit den Gewerkschaften. Will man verhängnisvolle Beschlüsse fassen, so muß man auch die berechtigten Interessen der Arbeitgeber berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. Sosinski (Pole): Den Arbeitern muß ein größerer Einfluß auf die Pensionskassen eingeräumt werden, damit sie beim Wechsel in den Stellen nicht benachteiligt werden.

Abg. Windel (Lothr.): Die Berechtigung mander dieser Forderungen soll nicht bestritten werden. Internationale Verhandlungen dürften unumgänglich sein.

Abg. Haberland (Soz.): Das Glend in den Hüttenwerken ist wirklich groß. Je mehr die Arbeitszeit verkürzt wird, desto größer sind auch die Vorteile für die Unternehmer. Die Be- richter der Gewerbeinspektoren beruhen vielfach auf falschen Informationen. Eine Einwirkung darauf muß der Arbeit- schaft eingeräumt werden.

Abg. Burdhardt (Wirtsch. Vgg.): Richtig sind in den Hüttenbetrieben zweifellos vorhanden, zu deren Beseitigung wir gerne die Hand bieten.

Die Petitionen werden nach dem Antrag der Kommission erledigt.

Darauf wird bezogen. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Interpellationen, betreffend die Kriegsgesetzüber- handlungen in Sachen der Vorgänge in Zabern; Sonntagssruhe im Handelsgewerbe. — Schluß nach 8 1/4 Uhr.

#### Beschlüsse des Seniorenkongress.

wb. Berlin, 14. Januar. Der Seniorenkongress des Reichstags trat, wie bereits kurz erwähnt, heute zu Beginn der Plenarsitzung zu einer Beratung zusammen. Man einigte sich dahin, auf die Tagesordnung für morgen Donnerstag die sozialdemokratische Interpellation, betr. die Straßburger Kriegsgesetzurteile, zu setzen. Zwei Tage sind vorgesehen für die Vorlage über die Sonntagssruhe. Dabei wurde die Hoffnung ausge- sprochen, daß die vorgenannte Beratung sich so beschleunigen lassen wird, daß nach am Samstag mit der zweiten Sitzung des Etats begonnen werden kann, und zwar mit der Beratung des Etats des Innern. Weiter beschloß der Seniorenkongress, die Beratung am Montag, den 2. Februar, ausfallen zu lassen, ferner am 23. und 24. Februar sowie am 14. und 16. März. Die Osterferien sollen am 3. oder 4. April be- ginnen.

Die Aufwandsentschädigung an Familien von drei dienenden Söhnen.

wb. Berlin, 14. Januar. In der Budgetkom- mission des Reichstags bemängelten im Laufe der Be- ratung des Etats des Reichsamts des Innern der Referent

und ein Zentrumsmittglied, daß der Staatsanfall von 480 000 Mark für die Aufwandsentschädigungen an Familien, von denen drei Söhne der geschlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht genügt haben oder genügen, viel zu niedrig sei. Der Reichsfinanzminister gab zu, daß etwa 7 1/2 Millionen Mark nötig seien. Die Kommission beschloß, daß der Staatsanfall auf 7 1/2 Millionen Mark erhöht wird und nahm eine dispositive Änderung dahingehend an, daß die Auszahlung der Aufwandsentschädigung nach Erfüllung einer sechsjährigen Gefangenschaft von zwei oder drei Jahren einer Familie erfolgen soll.

### Abgeordnetenhaus.

#### Dallwitz' Erklärung zum Falle Jagow. — Fortgesetzte Etatsberatung.

¶ Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem gestrigen immerhin etwas bewegten Tage begann die heutige Sitzung sehr ruhig, fast eintönig. Die Staatsrede des Freiherrn v. Hedlitz brachte wieder etwas Aufregendes. Er pries das Wahlrecht, rief nach dem Arbeitswilligen und nach einem starken Kanzler, der den Beamten in Elsaß-Lothringen, die in aller Unfähigkeit geblüht hätten, den Stuhl vor die Türe setzen müsse. Aus dem, was der Finanzminister erwähnte, war das Interessanteste, daß er eine Verlängerung der Deklarationsfrist zum Wehrbeitrag ankündigte. Auf die gestrige Frage des nationalliberalen Redners nach dem Stande der Verhandlung über das Kohlenyndikat erwiderte Herr Dr. Sydow sehr hoffnungsfreudig, ja er sagte sogar ein Entgegenkommen der Regierung zu. Den Mittelpunkt des Tages bildete die Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Wiemer. In großzügig ausholenden Erörterungen verbreitete er sich über die politischen Vorgänge der letzten Zeit. Vor allen Dingen stellte er die konservativen Treibereien gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg an den Pranger. Zwar habe er keinen Grund, gerade diesen Kanzler zu verteidigen, aber die Verteidigung der Reichsfinanzgesetzgebung sei gleichzeitig eine Verteidigung fortschrittlicher Politik.

Minister v. Dallwitz machte in seiner Antwort zunächst Mitteilung von dem Stand der Untersuchung über die Schäden der Sturmflut an der Ostseeküste und sprach dann ebenfalls kurz über Zabern. In nachsichtigem Doppelspiel nahm er sich, nicht etwa, wie man hätte erwarten können, der Zivil-, sondern der Militärverwaltung an, was im Munde des preussischen Zivilministers sich etwas eigentümlich ausnahm. Die erwartete Erklärung des Ministers zum Falle Jagow kam, war aber mehr als laun. Er mißbilligte die Erklärung des Herrn v. Jagow in der „Kreuzzeitung“, lehnte es aber ab, Auskunft darüber zu geben, ob und wie er die Entlassung rektifiziere. Der Vizekanzler v. Borsch brachte natürlich die alten längst bekannten Klagen seiner polnischen Landsleute hervor. Den Beschluß bildete eine zweiteindige Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch, der sich — fast auffällig — so gut wie ausschließlich auf Wahlrecht und Arbeitswilligen beschränkte. Was er in seiner Rede gegen das Herrenhaus vorbrachte, rief nach einer kurzen Erwiderung der Minister Befeler und v. Dallwitz hervor. Im Laufe der Sitzung hatte man sich übrigens auch über die Beratung der Sturmflut-Anträge geeinigt. Sie sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden, so bald die amtlichen Erhebungen abgeschlossen sind. Morgen soll als erster Redner der zweite Garnitur Herr v. Seydebrand sprechen. Armer Bethmann!

#### Sitzungsbericht.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der gestrigen Abend-Ausgabe.)

In der

#### ersten Etatslesung

führte Abg. Dr. Wiemer weiter folgendes aus: Zum Ausgleich der Kommunallasten und der Volksschullasten sind neue Mittel erforderlich. Wie wäre es, wenn zur Erhöhung der Staatszuschüsse für leistungsschwache Gemeinden Mittel aus dem Ausgleichsfonds entnommen werden würden.

#### Die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen

muß ohne scharfmacherische Tendenzen behandelt werden. Ausnahmegesetze lehnen wir ab. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung müssen die vorgeschlagenen Maßnahmen sorgsam geprüft und nicht einfach verlangt werden, wie es hier im Hause geschehen ist. Daß die gegenwärtige Zoll- und Wirtschaftspolitik nicht vor Krisen und Rückschlägen schützt, beweist die Arbeitslosigkeit und der Niedergang der Konjunktur. Wir wollen daher eine Änderung der Wirtschaftspolitik, welche der Erwerbstätigkeit mehr Rechnung trägt. Die Forderungen für die innere Kolonisation halten wir für berechtigt, sie muß aber in größerem Stil durchgeführt werden als bisher, wenn sie Erfolg haben soll. Daß der Polizeipräsident Dr. v. Jagow

sich durch seine juristischen Darlegungen in der Presse in ein schwebendes Verfahren eingemischt hat, dazu hatte er nach meiner Auffassung kein Recht. Was hat der Minister getan, was gedenkt er zu tun, um hier Remedur zu schaffen. Die Verhandlungen in den Prozessen Reuter und Fortner sind keine Mutterprozeße. Sie bieten reichlich Material für eine Reform der Militärgerichtsbarkeit, welche dringend nötig ist. Die hier angezogene Kabinettsorder von 1820 muß, wenn sie wirklich noch rechtsgültig ist, sobald als möglich beseitigt werden. Die elsass-lothringische Zivilverwaltung, die sich hier nicht selbst verteidigen kann, ist hier von dem Abg. Dr. Köhling aufs schärfste und unbedeutendste angegriffen worden. (Zustimmung links.) Der Staatssekretär Jörn v. Duland hat gestern im elsass-lothringischen Landtag die Zivilbehörden bereits verteidigt. Das Heer soll vor Verleumdungen geschützt werden, aber man soll doch die Zivilverwaltung, die ihre Schuldigkeit getan hat, nicht in Vausch und Fogen verurteilen. Eine Fortentwicklung der Machtstellung der Volksvertretung bringt die Entwicklung der Verhältnisse mit sich.

Es scheint, als ob von mancher Seite ein Konflikt gewünscht wird zwischen den Rechten des Volkes einerseits und der Staats-

raison und der Macht andererseits. Die Rechte des Volkes müssen auf jeden Fall gewahrt bleiben. (Beifall links.)

#### Minister des Innern Dr. v. Dallwitz: Für die durch die Überschwemmung an der Ostseeküste

schwer heimgesuchte Bevölkerung unseres Vaterlandes sind bereits provincial telegraphisch größere Beträge an den Regierungspräsidenten von Köslin übersandt worden, um fürs erste der Not zu steuern. (Lebhafte Bravo!) Ferner sind die Behörden telegraphisch angewiesen worden, sobald als möglich über den Umfang der Beschädigungen Bericht zu erstatten. Nach Eingang der Berichte wird die Regierung Ihnen über die auf Grund dieser Berichte gefassten Beschlüsse Auskunft geben. (Bravo!) Der Abg. Herold hat sich gestern darüber beschwert, daß

#### die Zahl der katholischen Beamten in den höheren Verwaltungsstellen

nicht im Einklang stehe mit der Zahl der katholischen Bevölkerung. Diese Angabe ist unzutreffend. Die Konfession spielt bei der Auswahl der Bewerber durch die Regierung keine Rolle. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Gesuche seitens katholischer Bewerber viel geringer sind, als man nach der Zahl der Bevölkerung annehmen möchte. Außerdem ist gerade in den letzten Jahren der Prozentsatz der Katholiken in einigen Ressorts erheblich höher als der Evangelischen. Zugleich der

#### Angriffe auf die elsass-lothringischen Zivilbehörden

hat bereits gestern der Ministerpräsident entschieden geantwortet und hat sie zurückgewiesen, weil die Zuständigkeit dieses Hauses nicht gegeben sei. Das gleiche muß auch ich erklären. Zum Schutz der Arbeitswilligen hat Abg. Freiherr v. Hedlitz polizeiliche Anweisungen gefordert, durch welche die Straßen und Plätze freigehalten werden. Derartige Anweisungen sind meinerseits bereits ergangen. (Hört! Hört!) In Westfalen und in der Rheinprovinz bestehen polizeiliche Verordnungen, die sich gegen die Störung des Verkehrs richten und sich auf den Schutz des Eigentums sowie die Sicherung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beziehen. Diese Bestimmungen sind gerichtlich als zu Recht bestehend anerkannt worden. Ich habe Anweisung gegeben, daß derartige Polizeiverordnungen auch in anderen Provinzen erlassen werden. Dadurch wird der erforderliche Schutz für Personen und Eigentum gewährleistet. (Bravo!) Weiter ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte

#### den Landtag zu spät einberufen.

Dieser Vorwurf wäre nur gerechtfertigt, wenn die frühere Einberufung einem allseitigen Wunsch des Hauses entsprochen hätte und es auch sachlich zweckmäßig erschienen wäre. Beides trifft nicht zu. Von verschiedenen Seiten bin ich ersucht worden, den Landtag nicht früher einzuberufen, andererseits waren die Staatsausstellungen einzelner Gattungen noch nicht beendet, so daß die frühere Einberufung zur Etatsberatung keinen Zweck gehabt hätte. Ein Vergleich mit dem Reichstag läßt sich da nicht ziehen.

#### Die Frage der Wahlrechtsreform

ist den Erklärungen des Reichskanzlers zufolge erledigt. Es kommt darauf an, durch welchen Schuld eine Lösung der Frage noch nicht stattgefunden hat, nachdem die Regierung der Aufhebung der Reform in der Thronrede die Vorlage selber hat folgen lassen. Daß diese den Beifall des Hauses nicht gefunden hat, daran ist die Regierung nicht schuld. Der ablehnende Standpunkt des Polizeipräsidenten v. Jagow gegenüber der Gründung einer Schutzmännervereinigung hat die volle Zustimmung der Regierung gefunden. Bei der Beurteilung der

#### Auslassungen des Polizeipräsidenten v. Jagow an die „Kreuzzeitung“ über den Zaberner Fall

scheidet zunächst der Vorwurf aus, daß es sich da um einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren und eine Beeinflussung des Gerichts handle. Ein derartiger Eingriff und eine solche Beeinflussung kann nur von einer übergeordneten Behörde ausgehen. Aber ich muß doch sagen, bei aller Anerkennung vor dem Recht auf die freie Meinungsäußerung kann ich es doch nicht für gut halten,

wenn ein Beamter ohne zwingenden Grund an ein noch nicht abgeschlossenes Gerichtsverfahren von politischer Tragweite kritische Bemerkungen knüpft,

selbst dann, wenn diese Bemerkungen rein überwiegend juristisch-technischer Art sind. Andererseits muß ich es aber ablehnen, darüber Auskunft zu geben, was ich Herrn von Jagow gesagt habe, da interne Angelegenheiten nicht in der Öffentlichkeit erörtert werden können. (Bravo! rechts.)

Präsident v. Schwerin-Ludwig: Ich danke dem Minister des Innern für die Mitteilungen der Erhebungen, die über den

#### Notstand an der Ostseeküste

gemacht worden sind. Ich beabsichtige, dem Hause vorzuschlagen, sobald die Unterlagen für die Hilfsaktion von der Regierung bereit gestellt sein werden, in der ersten Sitzung nach der Erledigung der ersten Lesung des Etats die Notstandsinterpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Freiherr v. Walbahn (konf.): Meine politischen Freunde wünschen, daß die Hilfsaktion nicht verzögert werden darf, da sie eine dringende ist.

Die Abg. Lippmann (Opp.), Dr. Schröder-Kassel (natl.), Freiherr v. Hedlitz (freilink.), Dr. Borsch (Ztr.) und Hirsch-Verein (Soz.) schließen sich den Ausführungen des Abgeordneten Freiherrn v. Walbahn an.

Präsident Graf Schwerin-Ludwig: Sobald die nötigen Unterlagen gegeben sind, kommt die Sache auf die Tagesordnung.

Abg. Korsant (Pole): Die politische Lage ist keineswegs rosig. Wir haben

#### ein Heer von 100 000 Arbeitslosen.

Was den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so sind wir gegen alle Ausnahmegesetze. Die Politik, die gegen die Polen getrieben wird, widerspricht dem Recht und der Verfassung. Die Anwendung des Vereinsgesetzes gegen die Polen ist nicht besser geworden.

Abg. Hirsch-Verein (Soz.): Das System der direkten Steuern muß anders organisiert werden. Vor allem muß die Grenze für die Steuerfreiheit heraufgesetzt werden. Auch in dem vorliegenden Etat ist eine Summe eingeseht zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Die Zahl der Arbeitslosen wächst stetig. Deshalb ist die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Einzelstaaten oder das Reich unbedingt notwendig. Die Gewerkschaftsorganisationen allein können hier nicht genügend Hilfe bringen. Wiederholt sind bei Streiks Streikbrecher, die andere Personen verletzen oder gar tödlich haben, freigesprochen worden, während Streikende wegen geringfügiger Vergehen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Und

da hat man noch den traurigen Ruh, einen größeren gesellschaftlichen Schutz der Arbeitswilligen zu fordern. Der Minister des Innern ist ein Herz und eine Seele mit den Scharfmachern. Wenn von irgend einer Seite Terrorismus geübt wird, so geschieht das nicht von den Sozialdemokraten, sondern von den Konservern und den industriellen Kartellen.

#### Das Dreiklassenwahlrecht gibt nicht die richtige Stimmung des Volkes wieder und es muß deshalb beseitigt werden.

Die versprochene Wahlrechtsreform ist durch die Einbringung der Regierungsvorlage nicht eingelöst worden, denn diese Vorlage war von vornherein derart, daß sie auf Zustimmung nicht rechnen konnte. Den echt preussischen Geist, die Diktatur des Säbels, die in Preußen herrscht, möchte man auch auf das ganze Reich übertragen. Die Regierung aber, die den unteren Klassen gegenüber scharf vorgeht, ist hier energielos. Das zeigt und wieder deutlich der Zaberner Fall. Die Ausführung des Herrn v. Jagow bei dieser Gelegenheit ist nach dem Urteil des „Hamburgischen Korrespondenten“ einer der aller schlimmsten Standfälle, und der Minister des Innern stimmt dem Polizeipräsidenten zu. Der Ministerpräsident steht aber im Gegensatz zu den Konservern, trotzdem er dem Fortschritt so gut wie keine Konzeption gemacht hat.

#### Die Verhandlungen im Herrenhaus haben gezeigt, welche eine große Kluft zwischen der Bevölkerung in Preußen und den gesetzgebenden Körperschaften besteht.

Wir werden nicht aufhören, den demokratischen Gedanken in immer weitere Kreise des Volkes zu tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Befeler: Die Frage ob ein größerer Schutz der Arbeitswilligen angezeigt sei, hat den Vortrager veranlaßt, über die Tätigkeit der Gerichte in höchst abfälliger Weise zu sprechen. Diesen Ausführungen muß ich mit der allergrößten Entschiedenheit entgegenreten. (Beifall rechts.) Der Abgeordnete Hirsch hat eine Reihe von Fällen angeführt, in denen seiner Ansicht nach von den Gerichten ungerecht entschieden worden wäre zugunsten von Anhängern seiner Partei und er hat betont, daß das Wort Streikbrecher als schwere Beschimpfung aufgefahigt worden sei und zu schweren Strafen geführt habe. Er hat aber nicht erwähnt, daß gerade durch die ärgeren Umstände, unter denen es gebraucht wurde, dieses Schimpfwort zu einer allgemeinen Gefahr wurde. Die Gesetze sind verkehrt worden und das Gericht hat die Bestrafungen ausgesprochen. Wie wollen Sie in der Lage sein zu behaupten, der Spruch der Geschworenen sei nicht zu rechtfertigen.

#### Die Gerichte sind selbständige Stellen im Staate und tragen ihre volle Verantwortung für ihre Urteile.

Daran zu rütteln, kann nur agitatorischen Zweck haben. Die Unterstellung, als urteilten die Gerichte nicht nach Recht und Gesetz, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall rechts.)

Minister v. Dallwitz: Der Abgeordnete Hirsch hat gesagt, die Berliner Polizei habe zu allem Möglichen Zeit, nur nicht ihre Pflicht zu tun. Wegen dieser ungenügenden, unabweisbare Beschuldigung einer mir unterstellten Behörde muß ich mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. (Beifall.)

Nach persönlichen Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Köhling (natl.) wird die weitere Verhandlung auf morgen 10 Uhr vertagt.

### Letzte Drahtberichte.

#### Die Entschleifung der Zweiten elsass-lothringischen Kammer zur Zabernangelegenheit.

wb. Straßburg i. E., 14. Januar. In der Zweiten Kammer gab heute nachmittags zu Beginn der Debatte über die Interpellationen, betreffend Zabern, der Präsident Dr. Köhlin folgende, von den vier Parteien des Hauses eingebrachte Resolution bekannt: Die Zweite Kammer ist mit der Regierung der Überzeugung, daß die Zivilverwaltung in Zabern durchaus ihre Pflicht getan und zum Eingreifen des Militärs jeder tatsächliche Anlaß und jede rechtliche Grundlage gefehlt hat. Sie stellt fest, daß die Regierung auch in dem engen Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse eine größere Energie zur Erlangung einer Genugtuung für die dem elsass-lothringischen Volke zugefügten Beleidigungen hätte entfalten sowie zur Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung etwas hätte tun müssen. Sie vermag endlich in der Erklärung der Regierung keinerlei Gewähr gegen eine Wiederholung solcher gesetz- und rechtsverletzenden Vorkommnisse zu finden. Die Zweite Kammer bittet den Reichstag, dem sie für sein energisches Eintreten den Dank des elsass-lothringischen Volkes ausspricht, in Fortführung des Kampfes um die Wahrung von Gesetz und Recht einzutreten für: 1. Eine den modernen bürgerlichen Anschauungen entsprechende reichsgesetzliche Abgrenzung der Gewalten; 2. eine Reform der Militärgerichtsbarkeit; 3. den Ausbau unserer Verfassung in der Richtung der vollen bundesstaatlichen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens.

#### Die Welfen und die Reichskanzlererklärung.

wb. Hannover, 14. Januar. Den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus zur Welfenfrage steht man im welfischen Lager vollkommen lächl gegenüber. Die Parteilosheit ist, wie der „Gerad“ erzählt, im Besitz von Gmundener Informationen, die sie den Kampf für die Wiederherstellung eines selbständigen hannoverschen Staatengebilde unter dem Fester eines Welfenfürsten trotz aller Bekämpfungsversuche von Berlin mit verdoppeltem Eifer weiter führen lassen.

¶ Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die fünf welfischen Abgeordneten des Reichstags veröffentlichen gegenüber der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Bethmann-Hollweg folgende Erklärung: Kein Mitglied des königlichen Hauses Braunschweig-Lüneburg hat seine Ansprüche auf Hannover preisgegeben, weder direkt, noch indirekt. Die deutsch-hannoversche Partei nimmt das Recht in Anspruch, diese Tatsache allen Verschleierungen gegenüber erneut festzustellen.

#### Vor der neuen Zaberner Verhandlung des Reichstags.

¶ Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird die sozialdemokratische Zaberner-Interpellation am morgigen Donnerstag seitens des Reichskanzlers noch nicht beantwortet werden. Die Beantwortung wird vielmehr erst Anfangs nächster Woche erfolgen. Ob die fortschrittliche Volkspartei sich an der neuen Aktion in Gestalt einer Interpellation oder aber eines Initiativantrags auf Erlass eines Reichsmilitärgesetzes beteiligen wird, steht auch jetzt noch

nicht fest. In parlamentarischen Kreisen erwartet man im übrigen eine Klärung der Situation von dem Besuch des Staatskanzlers Grafen Bodel, der morgen in Berlin eintrifft und vermutlich eine Konferenz mit dem Reichskanzler haben wird.

Demonstrative Einladungen des Herrn v. Jagow.

Berlin, 14. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Bekanntlich hat am 10. Januar, am Tage der Straßburger Urteilsverkündung, beim Anproben ein Diner stattgefunden, zu dem außer den Oberpräsidenten auch Polizeipräsident von Jagow geladen war.

Zu den Denkfeiern für Düppel und Alsen.

Berlin, 14. Januar. Der geschäftsführende Ausschuss für die Veteranenfeier in Düppel und Alsen vom 27. und 29. Juni 1914 und für die Düppeler Gedächtnisausstellung 1914 in Sonderburg hatte zu einer beratenden Sitzung in das Landwehrsträßchen 11 eingeladen.

Die Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen in Breslau.

Breslau, 14. Januar. Während in der Stadt Breslau die Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen noch fortwähren, wurde im Landkreise mit der Bereinigung der Kassenärzte eine vorläufige Verständigung erzielt.

Lärmjahren im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 14. Januar. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu großen Lärmjahren. Die Oppositionellen waren äußerst erregt, daß der Zuminutitätsausschuss wegen verschiedener Vorfälle in der gestrigen Sitzung für heute einen Bericht vorbereitete.

warum er den Ordnungsruf nicht schon gestern erteilt habe. Es dauerte längere Zeit, ehe sich der Lärm legte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte der Zuminutitätsausschuss wegen der gestrigen Vorfälle drei Abgeordnete von 15 und einen von 45 Sitzungslogen auszuschließen.

Nordanschlag auf Scherif-Pascha.

Paris, 14. Januar. Heute vormittag wurde in der Wohnung des Führers der radikalen türkischen Partei des Generals Scherif-Pascha und ehemaligen türkischen Gesandten in Stockholm ein Nordanschlag verübt. Ein junger Mensch erschien dort und verlangte dringend, von Scherif-Pascha empfangen zu werden.

Eisenbahnerstreik in Portugal.

Lissabon, 14. Januar. Die Angestellten der portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind heute in den Ausstand getreten. Der Eisenbahnverkehr ist dadurch sehr beeinträchtigt.

Der Streik in Südafrika.

Kapstadt, 14. Januar. Der Belagerungsstreik hat sich auf die wichtigsten Bezirke Transvaals, des Orange-Staats und Natal, welche Hauptbahnen führen, mit Einschluß von Durban, Pietermaritzburg und mit Ausschluß der Kapkolonie.

Der Vulkanbruch auf der Insel Sakurajima.

Tokio, 14. Januar. Bei dem ersten Ausbruch des Vulkans auf der Insel Sakurajima, der seit 130 Jahren untätig gewesen war, veranlaßten die Behörden die Bevölkerung, die Stadt Sakurajima zu verlassen.

Kagoshima über 200 Erschütterungen gezählt habe. Bei Beginn des Ausbruchs stiegen die Rauch- und Flammenfäden aus verschiedenen Stellen des Berges auf. 40 Minuten später begann die Eruption vom Berggipfel. Die umwohnenden Häuser wurden zuerst vom Feuer ergriffen, das sich schnell ausbreitete.

Weiteres Ansteigen des Rheins.

Ludwigshafen, 14. Januar. Hier ist der Rhein weiter gestiegen, und zwar von gestern früh auf heute früh um 0.18 auf 6.53 Meter.

Kälte und Schneefälle in Süddeutschland.

Karlsruhe, 14. Januar. In der verflochtenen Nacht und im Verlaufe des heutigen Tages ist im Schwarzwald und in den Vogesen erneut erheblicher Schnee gefallen. Auf den Höhen beträgt die Schneehöhe 1.25 Meter.

Aufhebung eines Spielflusses.

Berlin, 14. Januar. Einer der elegantesten Spielflüsse Berlins, dem zahlreiche Mitglieder der Berliner Gesellschaft angehören, ist in der letzten Nacht durch die Kriminalpolizei aufgehoben worden.

Tödlicher Unfall.

Münster i. W., 14. Januar. Ein Reparaturwagen der elektrischen Straßenbahn durchfuhr heute morgen vor dem Elektrifizierungswerk die geschlossene, nur mangelhaft beschilderte Eisenbahnstraße.

Berlin, 14. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Die „Deutsche Tageszeitung“ demotiviert die Nachricht, daß die konservative Reichstagsfraktion ein Glückwunschtelegramm an Oberst v. Neuter gesandt habe.

Reklamen. Emser Wasser. Heilwassert bei Katarrhen, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Infusionen, Magen-Darm-, Gicht- u. Blasenleiden.

Handelsteil. Einfuhr ausländischer Weine.

Unser sachmännlicher Mitarbeiter schreibt: In jedem Jahr werden Ende November die Einfuhrzahlen von Wein amtlich festgestellt, weil mit dieser Zeit die Kellertrauben und die Maische, die Deutschland aus dem Auslande bezieht, zum großen Teil in das deutsche Zollgebiet übergeführt sind.

Berliner Nachbörse.

Berlin, 14. Januar. Die Nachbörse zeigte bei sehr geringen Umsätzen zeitweilig Ansätze zu leichten Besserungen auf die etwas freundlichen Londoner Tendenzmeldungen.

Table with 3 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like Kreditaktien, Hand-Gesell., Commerzbank, Darmstäd. Bank, etc.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/4 Uhr. Kreditaktien 203 1/4, Disconto-Commandit 188 1/4, Dresdner Bank, Peterab. Int. Handelsbank 202 1/4, Staatsbahn 154 1/4, Lombarden 22 1/4, Baltimore und Ohio 90 1/4, Nordd. Lloyd 117 1/4, Paketfahrt, Phönix, Edison 268 1/4.

Berg- und Hüttenwesen.

Selbsthilfe in der Kaliindustrie. Die in Aussicht genommene freiwillige Einschränkung der Kaliwerke hat insofern einen gewissen Erfolg aufzuweisen gehabt, als bisher 170 Werke sich bereit erklärt haben, unter der Bedingung eines allgemeinen Vertrags für einen Zeitpunkt von fünf Jahren keine neuen Werke mehr zu errichten und ebenso in dieser Zeit keine Terrains zu verkaufen, ohne den Erwerbern die Verpflichtung aufzuerlegen, von neuen Werken Abstand zu nehmen.

Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagen-A.-G.

Der Aufsichtsrat der Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagen-A.-G. hat beschlossen, auf Montag, den 9. Februar 1914, mittags 12 Uhr, nach Berlin, Lützowstraße 33/36 (Rütgerswerke, Sitzungssaal), eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuberufen: Vorläufiger Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und über den gegenwärtigen Stand der Geschäfte.

Industrie und Handel.

Vom Rheinisch-Westfälischen Zementverband. Im vergangenen Herbst hatten 14 westfälische Zementwerke für den Fall des Zusammenbruchs des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats einen Verkaufsverband gebildet, der in seiner letzten Mitgliederversammlung beschloß, seine Verkaufskontore in Bechem und Amsterdam nicht vor dem 15. Februar aufzuheben, weil es heute immer noch zweifelhaft sei, ob der neugegründete Zementverband von längerer Dauer ist.

Interessengemeinschaft in der Margarine-Industrie.

Wie aus Emmerich berichtet wird, sind die beiden in Emmerich bestehenden Margarinefabriken in Interessengemeinschaft mit den größten deutschen Margarinefabriken getreten, und zwar die Rheinisch-Westf. Margarinefabrik Dr. Max Böhm u. Co. mit van den Berghs Margarinewerken in Cleve und die Margarinefabrik van Rossum u. Co. mit den Holländischen Margarinewerken Jürgens u. Prinzen in Goch.

Der Verein deutscher Nietenfabriken knüpft angesichts andauernder Preisunterbietungen mit den außerhalb des Bundes stehenden vier Fabriken Verhandlungen wegen Beitritts dieser Außenländer an.

Die Gläubigerschutz-Vereinigung für Rumänien, welche vor Jahresfrist auf Anregung des Handelsvertragsvereins gegründet wurde, hält am Samstag, den 17. d. M., in Berlin unter Leitung des Herrn Geh. Legationsrat Dr. v. Jacobs-Hamburg ihre erste Mitgliederversammlung ab, welcher auch der in Bukarest eingesetzte ständige kaufmännische Vertrauensmann, Herr Peter Tenhof, beiwohnen wird.

Versicherungswesen.

Bei der Deutschen Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover waren im Monat Dezember 1913 zu erledigen: 1268 Anträge über 3 759 450 M. Versicherungskapital. Die Gesamtproduktion im Jahre 1913 beträgt mehr als 86 Millionen M. Von Errichtung der Anstalt (1878) bis Ende Dezember v. J. gingen ein 490 833 Anträge über 794 066 568 M. Versicherungskapital.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Table with 3 columns: Ship Name, Departure Date, Destination. Includes George Washington, President Grant, Kaiser Wilhelm der Große, Kaiserin Augusta Viktoria, Prinz Friedrich Wilhelm, etc.

Alle diese Schiffe, ausgenommen „President Grant“ sind Schnell-dampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abzuge die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk, wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Die Morgen-Ausgabe umfasst 14 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Abbestellung: R. Degerhorst. Abonnements: für den postfreien Teil: H. Dreyer, für den restlichen Teil: H. Dreyer, für den postfreien Teil: H. Dreyer, für den restlichen Teil: H. Dreyer.

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Gasse, geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. 2.- vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, außerdem durch die Postämter in den auswärtigen Ländern. In den auswärtigen Ländern durch die Postämter. In den auswärtigen Ländern durch die Postämter. In den auswärtigen Ländern durch die Postämter.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Leiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. in beiden abwechselnder Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfd. für lokale Werbeflächen; 2 Pfd. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Abend-Ausgabe. Nr. 24. - 62. Jahrgang.

Donnerstag, 15. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 24. - 62. Jahrgang.

## Der konservative Ansturm.

O. Berlin, 14. Januar.

Polizeipräsident v. Jagow ist vom Minister des Innern offenbar in janzter Weise wegen seines Schreibens an die „Kreuzzeitung“ gerügt worden, immerhin aber hat er eine Rüge erhalten. Das gab Herr von Dallwitz in der heutigen Fortsetzung der Staatsdebatte im Abgeordnetenhaus zu verstehen, als er auf die Frage des Abgeordneten Wiemer, was mit Herrn von Jagow geschehen sei oder geschehen solle, zwar das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkannte, es aber nicht gutheißen wollte, wenn Beamte ohne zwingenden Grund in ein noch nicht abgeschlossenes gerichtliches Verfahren eingreifen und so die erforderliche Zurückhaltung gegenüber der richterlichen Behörde vermissen lassen. Der Minister gebrauchte eine sehr geschickte Wendung für die Mitteilung dieser dem Polizeipräsidenten von Berlin erteilten Rüge. Er sagte nicht, daß er Herrn v. Jagow gerade in dieser Form seine Mißbilligung ausgedrückt habe, er sprach gewissermaßen ohne Bezugnahme auf eine bestimmte Persönlichkeit, aber es ist kein Zweifel, daß Herr v. Jagow gerade diese von Herrn v. Dallwitz ausgeprochene Erklärung auf seine Rechtfertigungsschrift zu hören bekommen hat. Wenn der Minister es weiterhin mit Bestimmtheit ablehnte, genauere Auskunft über die dem Polizeipräsidenten etwa gemachten Vorhaltungen zu geben, so ändert das nichts an der Tatsache, daß zwar eine genaue, aber doch eine hinreichend verständliche Auskunft erteilt worden ist. Man kann es als erwiesen annehmen, daß Herr v. Jagow einen wahrscheinlich in der Form sehr milden, in der Sache gleichwohl ganz empfindlichen Tadel hat entgegennehmen müssen. Dies zugestanden war Herr v. Dallwitz dem Reichskanzler selbstverständlich schuldig. Die Stimmung der Konservativen gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg wird dadurch freilich nicht verbessert werden. Der Abgeordnete Wiemer nannte heute die Dinge beim rechten Namen, als er den Konservativen auf den Kopf zusagte, daß sie planmäßig auf einen Konflikt hindrängen. Zum mindesten stellen sie sich in einen schärferen Gegensatz zu dem verantwortlichen Staatsmann. Was Graf York im Herrenhaus begann, was gestern der konservative Staatsredner fortsetzte, das spannt heute, wie gemeldet, der freikonservative Abgeordnete u. Jedlich weiter aus. Auch diese Rede war auf oen ansehnend als gemeinsame Parole ausgegebenen Ton gestimmt, daß die Schwäche der Reichsleitung es verschulde, wenn die demokratischen Tendenzen im Reichstag immer mehr Mut bekommen, die Umwandlung des Reichstags in einen unitarischen Konvent anzubahnen und so dem Bundesrate und der Regierung eine Parlamentsregierung aufzuzwingen. Man wird diesen Text und diese Weise morgen noch viel schärfer vernehmen, wenn Herr von Bendeband zum Wort kommen wird. Die Konservativen sind auf der ganzen Linie im Vormarsch begriffen. Im Herrenhaus lassen sie durch den Grafen York demselben Reichstag, der den Wehrbeitrag von einer Milliarde, die jährliche Kostendeckung von 200 Millionen Mark und die größte aller Heeresverstärkungen ohne langes Zaudern bewilligt hat, einen Mangel an nationaler Bestimmung zuschreiben, so daß der Reichstagspräsident Kaempf gegen diese grundlose Verdächtigung Verwahrung einlegen mußte, und die eifrig verbreitete Legende, daß von links her, auch von der bürgerlichen Linken, die Umwandlung des Heeres in ein Parlamentsheer betrieben werde, bekommt so sehr Macht über die Gemüter, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sogar jüngst im Herrenhaus gegen solche Strömungen protestieren zu müssen glaubte. Es war deshalb gut und auch wirksam, daß der Abgeordnete Wiemer heute mit aller Bestimmtheit erklärte, auch die Freisinnigen wollten wie die Nationalliberalen kein Parlamentsheer, und wer es anders sage, der bediene sich nur einer Agitationsphrase. In der bevorstehenden abermaligen Verprechung der Jaberner Vorgänge im Reichstag wird diese Phrase bei den Konservativen aber doch wieder ihre Rolle spielen.

## Jabern in der elsass-lothringischen Kammer.

wb. Straßburg (Elsch), 14. Januar. Nach der (im heutigen Morgenblatt bereits gemeldeten) Bekanntgabe einer Entscheidung der vier Parteien des Hauses erging im Verlaufe der Verhandlungen Unterstaatssekretär Dr. Petri das Wort, um folgendes auszusprechen:

Es ist richtig, daß die drei Staatsanwälte in Zabern vom Vorsitzenden der Kriegsgerichte nicht geladen worden sind. (Göril Göril!) Ich habe darauf die Staatsanwälte von der Verpflichtung zur Amtsoverschwiegenheit entbunden und sie

telegraphisch aufgefordert, sich dem Präsidenten des Kriegsgerichts zur Verfügung zu stellen. (Bravo!) Sie widerlegten Punkt für Punkt die Angriffe, die v. Reuter erhob. Ich nahm meinerseits Veranlassung, den Bericht vom Oberstaatsanwalt einzufordern, der vorgelesen eingelesen ist. Daraus ergibt sich, daß die Staatsanwaltschaft durchaus sachgemäß handelte. Unberechtigt sei vor allem auch der Vorwurf, die Staatsanwaltschaft sei bei ihren Entscheidungen von einer gewissen Voreingenommenheit gegen Reuter und das Militär befangen gewesen. Die Justizverwaltung habe auch bei der Vorführung der im Bandurkeller Situierten pflichtgemäß gehandelt. Mit der Erklärung, daß auch fernerhin Ungerechtfertigte Angriffe und Vorwürfe gegen die Justizbehörde von ihm und dem Justizminister mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden würden, von welcher Seite sie auch kommen möchten, schloß Dr. Petri.

Abg. Gauß (Ztr.) drückte dem Justizminister die Anerkennung des Hauses aus für seine anerkennenden Worte. Um so weniger habe die gestrige Regierungserklärung befriedigt, in der man vor allem die Garantien dafür vermisse, daß künftighin die verfassungsmäßigen Zustände strengere Beachtung finden möchten, eine Garantie, die doch in Donauerschillingen feierlich verkündet worden sei. Die erschreckende Klust, die zwischen dem bürgerlichen Rechtsbewußtsein und den haltlosen Ehr- und Rechtsbegriffen des Militärs aufgefah worden sei, sei unerträglich in einem Rechtsstaat, der die Freiheit des Bürgers garantiert. Redner kritisierte sodann das Kriegsgerichtsverfahren und sagte:

militärische Richter seien ganz ungeeignet, Recht zu sprechen, wenn der Militarismus zur Auflage stehe.

Die Beeinflussung durch den Polizeipräsidenten von Jagow sei nicht die einzige, die in diesem traurigen Prozeß zu konstatieren sei. Daß sich auch der Kronprinz des Deutschen Reiches darunter befinden soll, schmerzt uns Elsch-Lothringler besonders. Die Kabinettsorder vom Jahre 1890, auf die sich der Oberst berief, sei ungültig. Es ist erwiesen, daß die Kraft der Zivilverwaltung in Zabern genügt, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nicht im engersten Sinne könnte man von inneren Unruhen sprechen. Trotz des Urteilspruches bleibt Redner dabei, daß v. Reuter und seine Offiziere wider Recht und Gesetz die Zivilgewalt an sich gerissen und Freiheitsberaubungen der schlimmsten Art verübt haben. Hat dem Obersten v. Reuter auch das Bewußtsein des Rechts gefehlt, als ihn die Richter und Staatsanwälte auf das ungeschickliche seines Vorgehens aufmerksam machten? Das Gericht habe sonderbarer Weise diese Spuren nicht verfolgt.

Wäre der Schleier gelüftet worden, dann wären Herr von Deimling und der Chef des Generalstabes Graf Waldersee erschienen, die die Vorgänge in Zabern miterlebt hätten. Sogelstrauchpolizei wolle das deutsche Volk nicht mitmachen und diese Ereignisse nicht tatenlos vorübergehen lassen. Deshalb appellieren wir an den Reichstag. Die Regierung, der man Pflichtverletzung vorgeworfen, habe in Zabern ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. In Berlin aber durfte der Vertreter unserer Regierung in eigener Sache nicht sprechen. Das zeigt in krasser Weise die Abhängigkeit unserer Regierung von Berlin. Redner fährt weiter aus: Jeder Träger der Staatsgewalt von Elsch-Lothringen, in erster Linie der König von Preußen, würden, sobald die elsass-lothringischen Interessen mit Preußen in Widerspruch geraten, naturgemäß auf die preussische Seite neigen. Dazu kommt, daß leider unverantwortliche Ratgeber sich das Ohr des Monarchen erkämpfen haben, die ihm die Verhältnisse in Elsch-Lothringen in einer Weise schildern, die im Gegensatz zur Wirklichkeit steht. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Reichskanzler erklärt, daß der Kaiser die elsass-lothringischen Bundesratsstimmen instruierte. Damit ist ein Gegensatz zu unserer Verfassung geschaffen, die bestimmt, daß der Statthalter als Bevollmächtigter zum Bundesrat die Stimmen zu instruieren habe. Der 10. Januar ist der größte Unglückstag für Elsch-Lothringen. An diesem Tage hat der Reichskanzler mit rauher Hand den Hauptbestandteil unserer Verfassung zertrümmert. Unterstaatssekretär Wandel bemerkt u. a., daß an der Regierung der Jaberner Bevölkerung zum größten Teil die Presse schuld sei. Was ein junger unerfahrener Leutnant in der Kaserne sagte, konnte einen ganzen Volkstamm nicht beleidigen. (Lebhafter Widerspruch.) Die Jaberner Angelegenheit hat mit der Verfassung nichts zu tun.

Es sprachen noch die Abgeordneten Siener (Loth. Volk) und Emmel (Soz.), worauf Staatssekretär Freiherr von v. Bülach nochmals unter teilweisem Widerspruch den Standpunkt der Regierung darlegte. Die Regierung hatte nicht das Recht, sich in militärische Angelegenheiten einzumischen. Der Minister bestritt das Vorhandensein einer Nebenregierung und betonte, die Regierung sei stets befreit, die Würde und die Interessen des Landes zu vertreten. Er schloß mit dem Appell an das Haus, mit der Regierung Hand in Hand zu arbeiten und so bald das Resultat zu erreichen, das alle schnellst möglich. Darauf wurde die Weiterberatung um 7 Uhr auf Donnerstagvormittag 10 Uhr vertagt.

## Eine Änderung bei der Einstellung der Rekruten?

Leipzig, 15. Januar. Das Leipziger Regierungsbüro, die „Leipziger Zeitung“, veröffentlicht in Telegrammen, die offiziellen Charakter tragen: Die Vorgänge in Zabern dürften eine eingehende Prüfung verschiedener mili-

tärischer Fragen im Gefolge haben, die im Verlaufe der Verhandlungen über diese Angelegenheit hervorgetreten sind. Da man von dem früheren Brauch, die Elsch-Lothringer außerhalb der Reichsländer dienen zu lassen, abgegangen ist, hat sich die bedenkliche Erscheinung gezeigt, daß die Reservisten des 99. Regiments aus der Umgebung von Zabern sich an den Kundgebungen in der Stadt beteiligten. Man wird vermutlich wieder zu der alten Übung zurückkehren. Auch wird man sich bei der Einstellung der mehrjährigen Freiwilligen die Leute etwas mehr auf ihr bisheriges Verhalten ansehen, da ja nach der Wehrordnung der Regimentskommandeur über die Einstellung selbständig zu entscheiden hat.

## Die Streiklage in Südafrika.

Stutige Zusammenstöße in Johannesburg.

Johannesburg, 14. Januar. Die Lage nimmt von Stunde zu Stunde an Schärfe zu. Gestern ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen. Das Hauptquartier der Arbeiterföderation, in dem sich die Führer der Streikbewegung wohlbewaffnet verbarrikadiert halten, ist von der Polizei umzingelt worden, die bereits einmal einen allerdings fehlgeschlagenen Sturmangriff auf das Gebäude unternommen hat. Ein zweiter Angriff ist stündlich zu erwarten. Alle anliegenden Straßen sind abgesperrt worden. Die Bureau der Zeitung „Star“, die nicht der Föderation angehört, werden von Hunderten von Bewaffneten geschützt.

Sajonettangriff der Polizei.

wb. Johannesburg, 14. Januar. Eine große Volksmenge, die vor dem Gewerkschaftshaus eine Kundgebung veranstaltete, wurde, als sie eine drohende Haltung annahm, von der Polizei mit dem Sajonett auseinandergetrieben. Zwei Personen wurden verletzt. Das Kriegsrecht wird streng durchgeführt. Die Bürger werden gehalten, von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh in den Häusern zu bleiben. Niemand darf ohne besondere Erlaubnis die Stadt betreten oder verlassen. Patronen und Bewaffneten durchziehen beständig die Straßen. — Die Dynamitanschläge auf die Eisenbahnen dauern fort. Erst heute früh wurde wieder Dynamit auf einer Bahnstrecke gefunden.

Das verbarrikadierte Gewerkschaftshaus.

R. Johannesburg, 14. Januar. Der Arbeiterführer Bain, den die Polizei vergeblich zu verhaften suchte, befindet sich noch mit seinen Leuten im Gewerkschaftshaus. Er erklärte, sie befänden sich ganz behaglich, er erwarte aber, daß ihm in der Nacht Wasser und Licht abgeschritten werden würde. Das Gebäude ist verbarrikadiert und eine große Menge von Nahrungsmitteln und Wasser dort aufgestellt. Von dem Dache flattert die rote Fahne. In der Gewerkschaftshalle befinden sich 200 bis 300 bewaffnete Mann, die entschlossen sind, jedem Sturm auf das Gebäude Widerstand entgegenzustellen.

Besserung der Lage in der Kaprovinz.

R. Kapstadt, 14. Januar. Die Lage auf der Halbinsel von Kapstadt bessert sich. Die Hälfte der Arbeiter in den Docks und Werkstätten, die gestern die Arbeit niedergelegt, haben heute wieder aufgenommen. Die Eisenbahn wird 12 Kilometer nördlich von Kapstadt von Farmern, die als Konstabler eingeschworen sind, patrouilliert. Die Straßenbahnen in Kapstadt waren heute vormittag in Betrieb, doch kamen die Motorführer überein, die Arbeit niederzulegen, wenn der Ruf an sie ergehen sollte. Der vom Gewerkschaftsverband angordnete Streik der Bergarbeiter bezieht sich vorläufig nur auf Transvaal und den Orange-Freistaat. Dem Vernehmen nach wird der Gewerkschaftsverband der Kaprovinz je nach den Umständen den Streik anordnen oder nicht. Es wird gemeldet, daß zwei der bedeutendsten Streikführer Natal verhaftet worden sind.

## Deutsches Reich.

\* Hof- und Personalnachrichten. Der Hamburger Pastor Albert Schulz, der Ehrenvorsitzende des Bundes Deutscher Jugendvereine, ist gestern im Alter von 51 Jahren in Hamburg gestorben. Er hat sich auf dem Gebiete der Jugendpflege große Verdienste erworben.

\* Eine Amnestie zur Geizhätigkeit des Kronprinzen von Sachsen. Der Kronprinz Georg von Sachsen vollendet heute (wie bereits angekündigt) sein 21. Lebensjahr. Er wird damit großjährig und tritt gemäß der Verfassung als Mitglied in die Erste Kammer der Sächsischen Landtagung ein. Der König schenkte aus diesem Anlaß 35 Strafgefangenen unter 21 Jahren die Freiheit und erließ 2 Verurteilungen in gleichem Alter die Strafe. Ferner erließ der König einige Disziplinarstrafen gegen Angehörige des 1. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 100 und des 5. Infanterie-Regiments Kronprinz Nr. 104.

\* Die Frage der weiteren Fristverlängerung zum Wehrbeitrag. Eine weitere Fristverlängerung für die Erklärung zum Wehrbeitrag über den von der Regierung als Termin bezeichneten 31. Januar bezweckt ein Antrag des Abg. Schiffer-Wagenburg, Arendt, Spahn und Graf Westarp. Der Reichskanzler wird ersucht, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärungen bis Ende Februar zu erweitern. — In der ersten Sächsischen Kammer erklärte gestern der Finanz-

ministert, daß die sächsische Regierung die Frist für die Erklärung zum Wehrbeitrag nicht verlängern könne; sie habe jedoch die Behörden angewiesen, möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen.

Ein bayerischer Prinz als Kassenarzt. Wie aus München berichtet wird, hat Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern sich in die Liste der Ärzte aufnehmen lassen, die sich den Mitgliedern der Krankenkassen für die freie Arztwahl zur Verfügung stellen.

Zum Stapellauf des dritten Schulschiffes. Bei dem aus Anlaß des Stapellaufs des dritten Schulschiffes (wie bereits im gestrigen Abendblatt berichtet) stattgefundenen Festmahl an Bord des Lloyd-Dampfers „George Washington“ gedachte der Großherzog von Oldenburg in markigen Worten des Kaisers als Schirmherrn des deutschen Seewesens. Namens des Norddeutschen Lloyd begrüßte Präsident Kähler die Gäste. Er gedachte der hohen Bedeutung des „Deutschen Schulschiffvereins“ für die Schifffahrt. Redner schloß mit dem Wunsch, daß der „Deutsche Schulschiffverein“ auch fernerhin in seinen Leistungen sich erweitern und allezeit einen glücklichen Kurs steuern möge. Der Großherzog von Oldenburg feierte den Norddeutschen Lloyd. Direktor Heinelen gedachte der Vertreter der deutschen Bundesstaaten. — Auf die Meldung von dem Stapellauf des neuen Schulschiffes „Großherzog Friedrich August“ ging von dem Kaiser an den Großherzog von Oldenburg folgendes Telegramm ein: „Über den glatten Stapellauf des neuen Schulschiffes und seine Benennung nach dem verdienstvollen erlauchten Protektor des „Deutschen Schulschiffvereins“ sehr erfreut, sende ich Dir und dem Verein zu dem schönen Erfolg meinen wärmsten Glückwunsch. Möge es dem Schiff beschieden sein, die ihm anvertraute deutsche Jugend zu weiseren und verlässlichen Seeleuten heranzubilden zu sehen, stets bereit, ihre Pflicht im Kampf mit den vorliegenden Elementen und den feindlichen Mächten bis zum äußersten zu tun und ihre Treue, wenn es sein muß, mit dem Tod zu besiegeln.“

Zur Veranstaltung einer Doppel-Gedenkfeste am 27. und 28. Juni d. J. (vergl. Meldung im heutigen Morgenblatt) richtet der Aktionsausschuß an alle Deutschen die Bitte, zu den Unkosten dieses, der Ehre des Vaterlandes und einer Getreuen gewidmeten Werkes opferwillig beizusteuern und auch zur Ausbesserung geeignete Gegenstände leihweise zu überlassen. Geldbeiträge sind unter der Bezeichnung: Konto Doppelausstellung, an das Bankhaus Wilhelm Ahlmann, Kiel, Postfachkonto Hamburg Nr. 68, erbitten.

Nachforderungen für den Rhein-Weser-Kanal. Dem preussischen Landtag wird demnächst eine Vorlage zugehen, die die Bereitstellung neuer Mittel in Höhe von 18 Millionen Mark für den Rhein-Weser-Kanal fordert. Diese Nachforderung ist notwendig geworden, weil die Grunderwerbskosten sich nicht unerheblich höher stellen, als ursprünglich angenommen wurde.

Die Arbeitslosigkeit in München. In mehreren Versammlungen von Arbeitslosen stellten gestern sozialdemokratische Referenten fest, daß zurzeit in München etwa 10 000 Arbeitslose gezählt werden. In der Stadt litten etwa 40 000 Menschen unter der Arbeitslosigkeit.

Griechische Torpedoboote in Kiel. Von Stettin kommend, sind im Kieler Hafen sechs auf der Vulkanwerft erbaute griechische Torpedoboote eingetroffen. Sie bleiben zwei Tage in Kiel und treten dann die Auslandsreise durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Griechenland an.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. Bei Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichsamt des Innern wurden vom Haushaltsausschuß bei Kapitel 8 (einmalige Ausgaben) u. a. genehmigt, gemäß den Anforderungen 40 000 M. zur Beteiligung des Reichs an der Internationalen Bibliographie der Naturwissenschaften, 150 000 M. zur Förderung der Bekämpfung des Typhus, 100 000 M. Beitrag an der internationalen Erforschung der nördlichen Meere im Interesse der Seefischerei (14. Kate), 60 000 M. zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wie im Vorschlag, ferner 150 000 M. zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose. In der weiteren Sitzung reiste ein Regierungsvertreter mit, daß ein Gesuchentwurf über das Luftfahrrecht in Vorbereitung sei. Zu der Forderung für den Neubau des zu errichtenden Reichsarchivs erklärte Ministerialdirektor Lewald, daß ein besonderer Flügel des zu errichtenden preussischen Archivs für das Reich Verwendung finden soll. Auf eine spätere Erweiterung des dem Reich überwiesenen Flügels soll Rücksicht genommen werden. Ein Zentrumsantrag will die Einstellung von 15 000 M. als erste Rate für ein eigenes Reichsarchiv. Der Staatssekretär warnt vor übereilten Vorschlägen, die später unbequem werden könnten. Er will dafür sorgen, daß die selbständige Verwaltung des Reichs jederzeit eingerichtet werden kann. Er schlägt die Vertagung der Abstimmung vor, bis mit Preußen verhandelt sei. Die Beschlussfassung wird

ausgesetzt. Zahlreiche Wünsche beriefen sich auf die Mehrforderungen des Statistischen Amtes für die Bearbeitung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Aufnahme. Auch wird eine Statistik über die Verschuldung der Landwirtschaft gefordert. Die Neuorganisation der internationalen Bibliothek für Sozialwissenschaften findet im allgemeinen die Billigung der Kommission, es wird aber ein geringerer Preis für die Veröffentlichungen als notwendig erachtet. Der Beitrag zu den Kosten der Beteiligung der deutschen Industrie an der holländischen Ausstellung in Rotterdam (1914) wird bewilligt, die außerordentliche Bewilligung von 40 000 M. aber beanstandet. Die Budgetkommission vertagte sich auf Donnerstag, sie wird sich mit den Staats des Reichsjustizamts und des Kolonialamts beschäftigen.

Die Kommission zur Beratung eines Spionagegesetzes trat gestern vormittag zu einer kurzen Beratung zusammen. Sie sprach sich für Beschaffung weiterer Materials aus und beschloß, ihre Beratungen nach Möglichkeit vertraulich abzuhalten.

Zur beabsichtigten Änderung der Zusammensetzung der bayerischen Reichsratskammer. Bei der gestrigen Beratung des Staats des Ministeriums des Äußern im Finanzausschuß der Reichsratskammer erwiderte Graf Hertling auf eine diesbezügliche Erklärung des Grafen Traillheim, als die Frage einer Änderung der Zusammensetzung der Reichsratskammer neuerdings erörtert worden sei, habe die Staatsregierung geglaubt, die Sache gewissermaßen selbst in die Hand nehmen zu müssen, um dadurch einer unnötigen Verschärfung der Frage vorzubeugen. Die Absicht der Regierung sei dahin gegangen, unter Zuhilfenahme mit der Reichsratskammer gewisse Änderungsvorschläge auszuarbeiten und diese dann als Vorschläge der Staatsregierung dem Lande zu unterbreiten. Auch der Ministerrat habe sich mit dieser Sache befaßt.

Vertagung der hessischen Zweiten Kammer. Die Zweite Kammer, welche vorgestern und gestern in zwei Sitzungen den Rest der Tagesordnung, Anträge und Anfragen, erledigte, vertagte sich auf unbestimmte Zeit und wird beim Wiederzusammentritt in die Staatsberatung eintreten. Gestern fand beim Großherzog parlamentarischer Abend statt, an dem fast sämtliche Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer teilnahmen. Der Abg. Münch hielt einen Vortrag über die Verwendung der Mühlampe zum Telephonverkehr auf große Entfernungen.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. v. Allen, Gen.-Maj. und Abt.-Chef im Großen Generalstab, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Ordensverleihungen. Den königlichen Kronenorden erster Klasse erhielt Gen.-Leut. A. D. Liman v. Sanders, bisher Kommandeur der 22. Division.

Prinz Joachim von Preußen, der jüngste Sohn des Kaisers, wird Anfang Februar in das Husaren-Regiment Nr. 14 zu Kassel als Leutnant eintreten.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Neue Stürme im ungarischen Abgeordnetenhaus. Budapest, 14. Januar. Die heutige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses gestaltete sich noch stürmischer als die gestrige. Die Opposition — empört darüber, daß der Immunitätsausschuß den Antrag stellen würde, den oppositionellen Abgeordneten Hinkfy für 45 Tage und fünf andere Abgeordnete, darunter den Grafen Michael Karolvi und Julius v. Juth, für je 15 Tage auszuschließen — rief derartig wüste Parolen hervor, daß der Präsident zahlreiche Abgeordnete zur Ordnung rufen mußte. Da die von der Sitzung ausgeschlossenen Abgeordneten die Aufforderung, den Saal zu verlassen, unbeachtet ließen, unterbrach der Präsident die Sitzung und gab der Parlamentswache den Befehl, diese Abgeordneten eventuell mit Gewalt hinauszuführen. Als die Wache diesem Befehl nachkommen wollte, verließen die ausgeschlossenen Abgeordneten unter stürmischen „Eien“-Rufen der oppositionellen Abgeordneten den Saal.

Andauernde Obstruktion der Tschechen. Wien, 14. Januar. Die gestern begonnene Sitzung des Budgetausschusses dauert fort. Infolge der Dauerreden der tschechischen Agrarier und der tschechisch-radikalen ist heute nachmittags noch Sitzung und soll eventuell bis morgen vormittag bis zum Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses fortgeführt werden.

Frankreich.

Benizelos in Paris. Paris 14. Januar. Ministerpräsident Doumergue gab zu Ehren des Ministerpräsidenten Benizelos ein Frühstück. Der

Präsident der Republik empfing ihn am Nachmittag.

Freisprechung eines angeblichen Spions. Nancy, 15. Januar. Die Strafkammer in Lunville hat heute gegen den der Spionage angeklagten ehemaligen Werkmeister in den Eisenbahnwerkstätten von Lunville, Karl Hermann, das Urteil gefällt. Hermann wurde freigesprochen, ebenso zwei Franzosen, die unter der Anklage standen, die wichtigen Pläne jahrelang behandelt zu haben.

England.

Die Überreichung der Antwortsnoten des Dreibundes in der Inselfrage. R. London, 14. Januar. Die Antwort des Dreibundes auf den britischen Vorschlag, betr. die ägäischen Inseln, ist heute abend im auswärtigen Amt überreicht worden. Die Noten wurden zwar einzeln überreicht, doch sind sie dem Charakter nach identisch. In Abwesenheit Sir Edward Grens wurden sie von dem italienischen Votschaffer Jeriali, dem österreichisch-ungarischen Legationsrat Grafen v. Trauttmansdorff und dem zweiten Sekretär der deutschen Votschaft Dr. v. Schubert dem Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicholson übergeben. Die Herren suchten das auswärtige Amt nicht gemeinsam auf; sie erschienen einzeln zu verschiedener Zeit. Dem Bernehmen nach enthält die kurzgefaßte Note wenig, was nicht schon seit einiger Zeit vorausgesetzt wurde. Die Antwort nimmt ausdrücklich mehr oder weniger alle englischen Vorschläge, betr. die von Griechenland besetzten Inseln einschließlich der in Grens Note enthaltenen Vorbehalte für die Wahrung der Freiheiten der Minoritäten sowohl der Griechen wie der Rufelmanen, an. Was die von Italien besetzten Inseln angeht, so wird dies für eine besondere Frage angesehen, da wiederholt die italienische Regierung erklärte, daß sie der Türkei zurückgegeben werden sollten, sobald alle Verpflichtungen des Friedens von Lausanne erfüllt sein werden.

Die Zeitungsannonce im Dienste der Rekrutwerbung. London, 15. Januar. Das Kriegsamt hat sich entschlossen, zur Anwerbung von Rekruten für die reguläre Armee sich der Zeitungsannonce zu bedienen. Die heutigen Zeitungen enthalten sämtlich eine Anzeige, die eine ganze Seite einnimmt, in der zum Eintritt in das Heer aufgefordert wird.

Portugal.

Der Eisenbahnstreik. Lissabon, 15. Januar. Die Sabotageakte an verschiedenen Punkten des Bahnnetzes der portugiesischen Eisenbahngesellschaft haben zu einem allgemeinen Ausstande auf allen Linien der Gesellschaft geführt, dem sich nur die Angestellten der Südwestbahn nicht angeschlossen haben. Eine Abordnung der Ausständigen, die der Direktion die Wünsche der Angestellten unterbreiten und Einigungsverhandlungen anknüpfen wollte, wurde von der Direktion nicht empfangen, wodurch der Konflikt eine weitere Verschärfung erfährt. Die für gestern abend angelegt gewesene Generalversammlung der Streikenden wurde von den Behörden verboten. — Ein Zug mit Gendarmen, die einen Knotenpunkt der Nordostlinie bewachen sollten, ist nicht über Braga hinausgekommen. Die Streikenden brachten auf der Westlinie zwischen Mafra und Malveira eine Lokomotive zum Entgleisen. Es sind besondere Maßnahmen getroffen worden, damit die Postbeförderung möglichst wenig behindert wird.

Der Ausfall des Streiks. Paris, 15. Januar. Aus Lissabon wird gemeldet: Als Grund des Ausstandes der Eisenbahner wird angegeben, daß diese mit den neuen Bestimmungen über die Pensionsklasse unzufrieden sind. Von einzelnen unbedeutenden Sabotagefällen abgesehen, verlief der Streik bisher ruhig. Die Regierung hat die Bahnhöfe durch Truppen besetzen lassen. Der Postdienst wird teils mit Automobilen, teils zur See besorgt.

Unterbrechung der Bahnverbindung mit Spanien. Madrid, 14. Januar. Die Generaldirektion der Eisenbahn Madrid-Caceres-Portugal ist angewiesen worden, den Schnellzug nach Lissabon wegen des dort ausgebrochenen Streiks nicht abfahren zu lassen.

Italien.

Das verschwundene Testament Rampollas. Rom, 15. Januar. Während des gestrigen Nachmittags besuchten im Beisein der vatikanischen Vertreter der Prätor, der Untersuchungsrichter und mehrere Polizeibeamte die Bibliotheksräume Rampollas. Man fand jedoch nichts. Das Testament war und blieb verischwunden. Damit überwunden auch jede Hoffnung, es noch aufzufinden. Übermorgen soll der Rest der Wohnung durchsucht werden.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

Sarah Bernhardt wird das Ehrenkreuz erhalten, noch dem durch lange Jahre hindurch ihr Ruf den schmerzhaftesten und vergeblich schlug. Sie wurde ausschließlich zum Zwecke, als Schererin und nicht als Schauspielerin desoriert zu werden, mit einer Unterrichtsklasse im Konservatorium betraut; aber der Stolz der Ehrenlegion, General Florentin, wollte gewisse Angelegenheiten der großen Tragödin nicht vergessen und schneidete ab, so daß sie wieder auf die zeitraubenden Fahrten ins Conservatoire verzichtete. Wer hat endlich den General Florentin überredet, daß jugendliche Übergriffe Saraha, weiß gar so weit zurückliegend, jetzt doch endlich vergessen werden könnten? Wie es heißt, Raymond Poincaré persönlich. Der Präsident der Republik wohnte leiblich einer Aufführung der „Jeanne Doré“ (bei, in der die Künstlerin eine so noble Mutterrolle spielt (seit Jahren ihr erster Pariser Kassenrolle), den sie Kristina Bernhardt verbannt!), daß jedermann der Glanzmädchen das rote Band von Herzen gönnt. — Noch zwei andere Theaterleute erhielten das Neujahrsehrenkreuz, Albert Brasseur, der Komiker der Varietés, und Direktor Deval vom Alibi, aber beide nachsichtig in ihrer Eigenschaft als Sanitätsoffiziere. ... C. La hm.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Lessingtheater in Berlin geht als nächste Novität Franz Wedekinds dramatisches Gedicht „Simon“ in Szene. Die Titelrolle spielt Friedrich Kähler, die Delila wird von Lisa Durieux dargestellt. Franz Wedekind ist in Berlin eingetroffen, um die Proben zu leiten.

„Lella“, eine türkische Familienlegende des Jungtürken Zeger-Melch (in der deutschen Bühnenbearbeitung von Erich Dosterheid) ist vom „Deutschen Theater“ in Wien a. Rh., vom Residenz-Theater in Wiesbaden und verschiedenen anderen Bühnen erworben worden. Die deutsche Uraufführung findet in Kürze in Köln statt.

Martha Krüger, die komische Alle des hiesigen Kurtheaters, ist vom nächsten Herbst ab auf drei Jahre an das Mainzer Stadttheater verpflichtet worden. Die hier so beliebte Künstlerin wird in Mainz nicht nur im Schauspiel, sondern auch in Oper und Operette auftreten.

Aus Petersburg kommt die Nachricht, Maxim Gorki, der bisher in der Verbannung auf Capri lebte, sei dorthin zurückgekehrt.

Bühnende Kunst und Musik. „Jung Deutschland“, Leo Fall's neue Operette, wird im Februar in Mantis Operettentheater in Berlin ihre Uraufführung erleben.

In Karlsruhe fand im großherzoglichen Schloß gestern nachmittags vor einer großen Zahl geladener Gäste, unter denen Künstler, Militärs, Schloßbedienter, Gelehrte und Künstler befanden, eine Vorstellung von Edi-

ons sprechendem Bilderapparat (Kinetophon) statt, der die gleichzeitige treue bildliche und phonetische Wiedergabe des sich bewegenden Objektes bezweckt.

Anna Pawlowa wird im Mai mit einem eigenen Ensemble von vierzig Tänzerinnen und Tänzern in Deutschland und Österreich gastieren. „Les orientales“ und „Ein Abend bei Chopin“ werden in Deutschland zum ersten Male gesehen.

Richard Strauß wird die französische Uraufführung seines Balletts „Joseph, eine Legende“, in Paris selbst dirigieren.

Die Einnahmen der Mailänder „Parsifal“-Premiere betragen 45 000 Lire.

In der Weltausstellung von San Francisco, die übers Jahr — am 20. Januar 1915 — eröffnet wird, soll die musikalische Abteilung eine besonders reiche Ausgestaltung erfahren. Für die Ausstellung von Erzeugnissen der Instrumentenmacherkunst ist im Hauptgebäude ein Raum von 10 000 Quadratfuß vorgesehen, in dem alle Instrumente, von den einfachsten Musikgeräten der primitiven Völker bis hin auf zu den vollkommensten Erzeugnissen des Klavier- und Orgelbaues, vereinigt werden sollen. Wie eine französische Musikzeitschrift mitzuteilen weiß, hat eine Reihe an Instrumentenbau besonders interessierter europäischer Staaten die Teilnahme an dieser Musikausstellung beschlossen.

Wissenschaft und Technik. In Marburg wird vom 1. März ab an den Universitätskliniken eine Krankenpflaerianische Schule eingerichtet.

Montenegro.

Das Wahlergebnis. Cetinje, 14. Januar. Nach dem endgültigen Wahlergebnis wurden 46 Mitglieder der Regierungspartei und 16 Oppositionelle, darunter 9 Radikale, in die Skupstina gewählt.

Albanien.

Beginn der Räumung Südalbanien. A. St. Balona, 14. Januar. Wie versichert wird, sollen die Griechen 15 Dörfer in dem Bezirk Scrapari und Koriza geräumt haben. Die Nachrichten aus Elbassan lauten beruhigender. Eine objektive Prüfung der Lage ergab, daß die verbreiteten Gerüchte übertrieben waren.

Demission Ismael Kemal. Wien, 15. Januar. Wie von wohlinformierter diplomatischer Seite verlautet, hat Ismael Kemal seine Demission als Chef der provisorischen Regierung in Balona gegeben. Man schließt daraus, daß er dem türkischen Putschversuche nicht so fern steht, wie man ursprünglich annahm. Die internationale Kontrollkommission will bis zur Ankunft des neuen Herrschers einen Generalgouverneur mit weitgehenden Vollmachten ernennen. In diesem Amt dürfte der holländische Oberst, der die albanische Gendarmerie leitet, bestimmt werden.

Türkei.

Die deutsche Militärmission. Konstantinopel, 15. Januar. General Liman v. Sanders ist zum Marschall des türkischen Heeres ernannt worden. General Bronsart v. Schellendorff ist zum stellvertretenden Chef des Generalstabs ernannt worden und hat sein Amt angetreten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Deutscher Abend.

Der aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Neugründung des Deutschen Reichs alljährlich vom Verein für das Deutschtum im Ausland (Allg. deutscher Schulverein) veranstaltete Festabend fand gestern in der Turnhalle, Hellmündstraße 25, statt und hatte, wie stets, einem zahlreichen Publikum Gelegenheit zur aktiven und passiven Mitwirkung gegeben. Professor Unger, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, begrüßte die Anwesenden und gedachte im Verlauf seiner Ansprache der zahlreichen Jubiläumstlichkeiten des verflossenen Jahres sowie der politischen Ereignisse, die dem Slaventum, insbesondere den panslawistischen Bestrebungen einen schweren Schlag versetzt haben und damit der Sache des Deutschtums förderlich gewesen sind. Erfreulich sei auch, daß die Erkenntnis von der Bedeutung des Deutschtums im Ausland bei der Reichsregierung im Wachen begriffen sei, was durch die im Reichshaushalt vorgesehenen, von 700 000 M. auf 1 100 000 M. erhöhten Aufwendungen zum Ausdruck komme. Der Redner streifte noch kurz die ebenfalls erfreuliche Weiterentwicklung des Vereins und schloß mit dem Wunsche: „Das Deutschtum in der Welt voran!“ Der eigentliche Festredner des Abends war der Oberbürgermeister a. D. Dr. Fuß, der zunächst über die interessantesten Vorgänge sprach, die dem denkwürdigen Tage von Versailles vorausgingen, und dabei der Schwierigkeiten gedachte, welche die Annahme der Kaiserkrone durch König Wilhelm beinahe gefährdet hätten. Dem damaligen Grafen Bismarck sei es dann aber schließlich doch gelungen, eine Form zu finden, die zunächst die Bundesfürsten veranlaßte, dem König die Kaiserkrone anzutragen, und diesem die Annahme des Titels eines deutschen Kaisers — nicht eines Kaisers von Deutschland — ermöglichte. In weit ausholenden Erörterungen behandelte der Redner dann die Geschichte des deutschen Kaisertums und seine bedeutsame historische Entwicklung. Seine interessanten und gründlichen Ausführungen gipfelten in dem Satz, daß der deutsche Kaiser ein Volkskaiser sei. Seine Rede schloß mit einem Kaiserhoch. Im weiteren Verlauf des Abends fand eine große Vortragsfolge Erledigung. Zunächst seien die Vorträge des oberleitenden Volksdichters Karl Zumstein, des Sängers vom Sundgau, erwähnt, der zum erstenmal in Mitdeutschland sprach und mit der Wiedergabe seiner Gedichte, die er, wie er selbst sagte, als einfacher Landmann hinter dem Pflug oder in harter Arbeit schuf, tiefen Eindruck machte. Die schlichten und einfachen Verse verrieten Seele und Empfinden und ließen auch den Schwung nicht vermissen, der einem begeisterten Heimatgefühl wirkungsvollen Ausdruck verschafft. Der „Wiesbadener Männergesangs-Verein“ fand mit mehreren Chorborträgen den Beifall aller Teilnehmer und auch die Darbietungen des „Turnvereins“, der einige Gruppen am Barren stellte, wurden dankbar aufgenommen. Gemeinsame Lieder und Musikvorträge bildeten im übrigen den Inhalt des stimmungsvoll verlaufenen Abends.

Die Gemeindesteuern in Hessen-Nassau.

Nach den jetzt veröffentlichten Mitteilungen über die im Rechnungsjahr 1911 erhobenen direkten und indirekten Gemeindeforderungen im Vergleich zu denjenigen vor 30 Jahren ergeben sich für die Provinz Hessen-Nassau folgende Ziffern: Die direkten Gemeindesteuern betragen in den Städten 41,794 Millionen Mark, in den Landgemeinden 9,699 Millionen Mark, die indirekten Gemeindesteuern betragen in den Städten 5,367 Millionen Mark, in den Landgemeinden 1,013 Millionen Mark, die direkten und indirekten Gemeindesteuern betragen in den Städten 47,181 Millionen Mark, in den Landgemeinden 10,712 Millionen Mark. Die aufgebrachtene Steuern sind demnach in den Städten Hessen-Nassaus fast 4 1/2 mal so hoch wie in den Landgemeinden. Was die Verteilung der einzelnen Einwohner anbelangt, so erhöhten sich die direkten Gemeindesteuern in den Städten von 14,14 M. im Jahre 1883 auf 37,25 M. im Jahre 1911, in den Landgemeinden von 3,29 M. im Jahre 1883 auf 8,56 M. im Jahre 1911, die indirekten Gemeindesteuern erhöhten sich in den Städten von 2,57 M. im Jahre 1883 auf 4,81 M. im Jahre 1911, in den Landgemeinden von 0,89 M. im Jahre 1883 auf 0,89 M. im Jahre 1911, die direkten und indirekten Gemeindesteuern in den Städten von 16,71 M. im Jahre 1883 auf 42,16 M. im Jahre 1911, in den Landgemeinden von 3,68 M. im Jahre 1883 auf 9,45 M. im Jahre 1911. Es haben demnach die Kopfbeiträge der direkten und indirekten Gemeindesteuern in diesem 30jährigen Zeitraum zugenommen bei den Stadtgemeinden um 152,30 Prozent, bei den Landgemeinden um 166,70

Prozent, bei den Stadt- und Landgemeinden um 204,98 Prozent. Auf die indirekten Gemeindesteuern entfielen im Rechnungsjahr 1911 vom Hundert des gesamten Steuereinkommens in den Städten 11,42, in den Landgemeinden 9,46. ×

— 100 Prozent Kommunalsteuer. Auch der neue Etat für das Jahr 1914/15 konnte mit einem Steuerzuschlag von nur 100 Prozent balanciert werden.

— Todesfall. Am Voreisring verstarb der Königl. bayerische Bezirksarzt a. D. Dr. Jakob Breunig im Alter von 40 Jahren infolge Herzlähmung. Der Verstorbene ist ein Bruder des bayerischen Staatsministers Georg Ritter v. Breunig.

— Zur Befragung der Stelle des Stadtschulrats wird uns noch weiter geschrieben: „In der heutigen Morgen-Ausgabe des „Tagblatts“ beschäftigt sich eine Stimme aus Lehrerkreisen mit dem Wahl des neuen Stadtschulrats. Den Ausführungen in dem genannten Artikel muß anstandslos zugestimmt werden. Soll denn in der Tat die in der Wiesbadener Lehrerschaft mit Freuden begrüßte Wahl wieder fraglich werden? Das wäre im höchsten Grade bedauerlich, und zwar in Rücksicht auf Lehrerschaft und Schule. Die Lehrer wünschen einen Mann, der, wie sie das bei dem nun Scheidenden gewohnt waren, das Herz auf dem rechten Fleck hat und sachmann genug ist, um mit Einsicht und Verständnis ein gerecht urteilender und zielbewußt rotender Vorgesetzter und Mitarbeiter sein zu können. Nur so kann die Zusammenarbeit von gegenseitigem Vertrauen getragen und zum Segen des Wiesbadener Schulwesens werden. Der gewählte Herr ist vielen Lehrern in Wiesbaden kein Unbekannter; sie alle beglückwünschten die städtische Behörde zu der Wahl und hoffen nun auch zuversichtlich, daß man geringfügiger Außerlichkeiten wegen den Gewählten nicht fallen lassen wird. Oder sollten noch andere Hemmungen sich geltend gemacht haben? Videant consules...“

— Gustav-Wolff-Stiftung. Die am 2. November v. J. in den evangelischen Gemeinden des Konsistorialbezirks Wiesbaden zugunsten des Hauptvereins Wiesbaden der evangelischen Gustav-Wolff-Stiftung erhobene Kirchensammlung hat insgesamt 571 M. ergeben. Hiervon entfallen auf die Dekanate Wiesbaden-Stadt 389 M. und auf Wiesbaden-Land 180 M. Verhältnismäßig weitläufig am größten ist der Sammelertrag des Dekanats Herborn mit 309 M.

— Butterabschlag. Zu dieser von der Firma P. Lehr ausgehenden Mitteilung in der Mittwoch-Abend-Ausgabe schreiben andere hiesige Butterhandlungen: „Die Notiz bedarf insofern einer Berichtigung, als der Preisrückgang nicht auf die in Wiesbaden allgemein gehandelte „Allerfeinste erste Klasse Tafelbutter“ in Frage kommt, welche unverändert hoch im Einkauf steht. Der angegebene Verkaufspreis kann sich nur auf billigere Sorten, Norddeutsche, Algauer resp. Kühhäusbutter beziehen.“

— Schwurgericht. Die diesmalige Schwurgerichtssitzung wird nächsten Samstag ihren Abschluß finden. Die Eisenbacher und die Viebricher Totschlags-, resp. Nordfische-Verbrechen während der Tagung nicht mehr zur Verhandlung und die auf Montag angelegte Sache wegen Minderjährigkeit ist auf Samstag verlegt worden.

— Gasexplosion. In einer Wohnung des Hauses Faulbrunnstraße 12 entstand gestern Abend beim Ablichten der schadhaften Gasleitung eine Explosion. Verletzt wurde niemand. Die Feuerwehre wurde benachrichtigt, konnte ihre Tätigkeit aber auf die Ermittlung der undichten Stelle beschränken.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* Residenz-Theater. Am Samstag findet die erstmalige Aufführung der neuen Komödie „Schneider Bibbel“ von Hans Müller-Schlösser statt. Das lustige Werk, das Auschnitte aus dem rheinischen Kleinbürgertum der napoleonischen Zeit bringt, hat es in kürzester Zeit am Düsseldorfer Schauspielhaus und am Deutschen Theater in Köln auf mehr als 50 Aufführungen gebracht und denselben stürmischen Erfolg bei den Aufführungen in Bonn, Königsberg sowie an vielen anderen Bühnen gefunden. Das humorvolle Stück wird Sonntagabend wiederholt. Sonntagnachmittag geht Jacobus neues Lustspiel „Wir geh'n nach Tegernsee“ zu halben Preisen in Szene.

\* Apollotheater. Heute findet Programmwechsel statt mit für Wiesbaden vollständig neuen Attraktionen.

\* Konzert. Die Gattin des Regierungspräsidenten von Meißer wird zum Besten des Vereins „Frauenhilfe“ ein Künstler-Konzert arrangieren. Es soll am 3. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Kasino stattfinden. Während mit verschiedenen hervorragenden Künstlern die Verhandlungen noch im Gange sind, haben Edu von Hoogstraten und Fr. von Dresser vom Opernhaus in Frankfurt a. M. ihre gütige Mitwirkung bereits zugesagt.

Mitteilungen aus dem Geschäftsleben.

(Für Redaktionen wie Verlag unverantwortlich)

Hu! Hu! Hu! Ousten ist zwar keine Krankheit, wohl aber meist ein Vorbote zu solcher. Zeugen Sie daher den Schwere Folgen vor und bekämpfen Sie ihn fester mit dem seit vielen Jahren vorzüglich bewährten Koffein-Brustee aus dem Kneipphaus, Rheinstr. 71. Derselbe wird an Stelle schädlicher Reizmittel, wie Alkohol, Bohnenkaffee und Koffein-Tea, längere Zeit getrunken und ist nur in Paketen zu 1 M. und 50 Pf. daselbst zu beziehen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Versammlung des Hansabundes.

FC. Viebrich a. M., 13. Januar. Die seit nunmehr vier Jahren bestehende Ortsgruppe Viebrich des Hansabundes hielt gestern Abend im Saal des „Schützenhofs“ in Viebrich eine öffentliche Versammlung ab, der der Ortsgruppenvorsitzende Kaufmann Marx präsidierte. Nach einer von ihm gehaltenen Begrüßungsansprache verbreitete sich Dr. Kassel (Frankfurt a. M.) über die in Hamburg veranstaltete Hanswoche des Hansabundes im November v. J., dabei besonders den sehr interessanten Vortrag Dr. Strejmanns über das Arbeitswilligensgesetz hervorhebend. Über das Handwerk jetzt und in Zukunft ließ sich darauf in etwa zwei-stündigem lehrerhaftlichem Vortrag Schreinermeister Knieß (Kassel) aus. Die Ruhezeiten vor 30 bis 40 Jahren im Handwerk seien vorüber, mehr denn je herrsche im Handwerker- und Gewerbebetrieb die Kampfzeit, die alle Kräfte der Gewerbetreibenden erfordere. Nicht auf die Hilfe von außen, oben und unten müsse der Handwerker dann aber vertrauen, sondern auf die Selbsthilfe bauen. Keine Unterschätzung der Selbsthilfe, Zusammenhalten bei Preisnotierungen, anständiger sicherer Umgang mit den Kunden, Buchführung, Kalkulation, tüchtige Arbeitsleistung, Fleiß, richtiger Verkehr mit den kommunalen und staatlichen Behörden, rechte Beilegung der Presse, richtige Organisation, ohne die heute keine großen Ziele erreicht werden können. Dies alles diene zur Werbung und Hebung des Handwerks. Der Dank der Versammlung zeigte sich in lebhaftem Beifall. Kaufmann Ernst

vereinsvorsitzender Deuser und Dachdeckermeister Löber beteiligten sich an der darauf einsetzenden Besprechung

WC. Viebrich, 12. Januar. Bei der vor dem Amtsgericht in Wiesbaden stattgefundenen Versteigerung eines Ackers an der Platanenstraße, 13 Nr. 26 Quadratmeter groß, Feldgerichtsstage 3980 M., sowie eines Hofraums an der Waldstraße Nr. 94 in Viebrich, 3 Nr. 96 Quadratmeter Fläche, 1190 M. Feldgerichtsstage, blieben Höchstbietende die Eheleute Bäckermeister Wilhelm Wegandt und Frau Wilhelmine, geb. Fischer, mit 99,90 M. Bargebot. Die Eheleute Fischer haben eine Hypothek auf den Grundstücken in Höhe von 33 456 M. Der Zuschlag bleibt ausgefehlt.

z. Bierstadt, 14. Januar. In der Sitzung des Gemeinderats wurde einstimmig die Genehmigung zur Errichtung eines Saalbaues auf dem Grundfund des Gastwirts Ludwig Mai erteilt unter der Bedingung, daß der Gesuchsteller das zur Erweiterung der Vordergasse erforderliche Gelände gegen Bezahlung an die Gemeinde abtritt.

— Frauenstein, 12. Januar. Der hiesige „Männergesangsverein“ wählte in seiner Generalversammlung zum ersten Vorsitzenden Peter Burckhardt, zum zweiten Vorsitzenden Jean Müller, zum Schriftführer B. Siegerich, zum Kassierer Joh. Emmelheinz, zum Zeugwart Jos. Funf und als Beisitzer Franz Burckhardt und Jos. Träger.

Nassauische Nachrichten.

Töblicher Unfall.

ht. Hfingen, 14. Januar. Durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß wurden in den Quarzwerken von Haintchen der Arbeiter Kallteher sofort getötet und der Arbeiter Pabst erheblich verletzt. Kallteher hinterläßt eine Witwe mit drei kleinen Kindern.

— Niederwalluf, 14. Januar. In der Werkstätte des Tapezierers Schranz entstand ein Schadenfeuer, das das gesamte Arbeitsmaterial vernichtete und dadurch erheblichen Nachteil verursachte. Das Feuer war offenbar dadurch hervorgerufen, daß leicht brennbare Gegenstände dem Ofen zu nahe gekommen waren.

Aus der Umgebung.

6. Mainz-Rombach, 15. Januar. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde der 19jährige Schreiner Franz Zimmermann aus Frauenstein, als er das Geleise überschritt, auf der Station von einem einfahrenden Zug überfahren und getötet. Zimmermann war auf der Station Bubenheim beschäftigt.

ht. Müßelsheim, 12. Januar. Der wiederholt von der Regierung nicht bestätigte sozialdemokratische Gemeinderat Georg Jung wurde bei der vorgestrigen Wahl abermals mit 438 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Der bürgerliche Gegenkandidat erhielt 398 Stimmen.

Gerichtssaal.

Giftmordprozeß Hopf.

(Dritter Verhandlungstag.)

S. u. H. Frankfurt a. M., 14. Januar.

Die gestern vernommene Frau Schneider wurde heute kurz nach der Eröffnung der Sitzung nochmals vorgeführt. Sie gab noch weitere Erklärungen über die Krankheit ihrer Tochter ab. — Vorsitzender: Ihr Mann hat den Angeklagten wegen Giftmordversuchs angezeigt, und als das Verfahren eingestellt worden war, knüpfen sich daran Privatbeileidigungsprozesse. In einem solchen ist auch Ihre Tochter als Zeugin vernommen worden. — Zeugin: Jawohl. — Vorsitzender: Da ist Ihre Tochter vom Angeklagten auf einmal wegen Meineids angezeigt worden? — Zeugin: Jawohl. — Vorsitzender: Was heißt das? — Zeugin: Hopf behauptete, die Krankheit meiner Tochter käme nicht von Vergiftung, sondern von einem schlechten Hirn, das sie in einem Frankfurter Restaurant gegessen hätte. Meine Tochter beschwor aber, daß sie dieses Hirn überhaupt nicht gegessen. — Vorsitzender: Wie war der Gesundheitszustand Ihrer Tochter später? — Zeugin: Gut, wir bemerkten wenigstens keine Krankheit mehr. Sie hat ja auch nochmals geheiratet und ist nochmals Mutter geworden. — Vorsitzender: Lebt dieses Kind noch? — Zeugin: Nein. Es ist im Alter von 14 Monaten gestorben. — Vorsitzender: Woran? — Zeugin: Anscheinend an Tuberkulose. — Vorsitzender: Ihre Tochter ist auch an Tuberkulose gestorben? — Zeugin: Jawohl. — Vorsitzender: Wann haben sich die Anfänge der Tuberkulose gezeigt? — Zeugin: Kurz vor ihrem Tode. Ich bin der festen Überzeugung, daß Hopf ihr die Tuberkelbazillen beigebracht hat. Er hatte ja welche in einem Reagenzglas. — Angeklagter: Das ist nicht wahr, ich habe meiner Frau keine Tuberkelbazillen beigebracht. Es ist auch nicht richtig, was gestern gesagt wurde, daß meine Frau stets krank gewesen ist, wenn sie bei mir war, und bei ihren Eltern gleich gesund wurde. — Vorsitzender: Haben Sie die Medikamente selbst hergestellt? — Angeklagter: Jawohl, zum Teil, ich verstehe das ja auch. — Vorsitzender: Haben Sie Ihrem Kind Urin in die Milch gegeben? — Angeklagter: Nein, das war Spermin. Ich hatte es aus der Hausapotheke meines verstorbenen Vaters. — Vorsitzender: Und das haben Sie vom Tod Ihres Vaters im Jahre 1895 bis zum Jahre 1906 aufbewahrt, also 11 Jahre lang? — Angeklagter: Jawohl.

Die nächste Zeugin, Frau Bütt, war als Aufwartefrau bei dem Angeklagten in Niederhöchst. Sie bekräftigt den üblichen Dienstbotenlatsch, der ja in einem Sensationsprozeß nicht fehlen darf. In epischer Breite geht die Zeugin auf ihre noch ihrer Meinung unendlich wichtigen „Beobachtungen“ ein. Der Kern der Sache ist der: die Zeugin ist auf Veranlassung der Frau Schneider im Sommer 1906 zu Frau Hopf gekommen. Sie war gerade krank gewesen und die Zeugin hat sie acht Wochen lang gepflegt. Als die Zeugin die Frau verließ, war sie ganz gesund. Sie sei darum sehr erschreckt gewesen, als sie nach einiger Zeit Frau Hopf wiedergesehen habe. Sie habe da ganz gelb und krank ausgesehen. Schon da sei sie stutzig geworden und habe geglaubt, daß Hopf mit der Krankheit seiner Frau in Verbindung stehe. Als Frau Hopf dann später wieder bettlägerig geworden sei, habe Zeugin im Haushalt des Angeklagten geholfen. Da sei es einmal aufgefallen, daß Hopf mit dem Tee, den sie für Frau Hopf gekocht hatte, nicht direkt ins Schlafzimmer zu seiner Frau, sondern erst in sein Zimmer gegangen sei, wo der Giftschrank stand. Als Hopf dieselbe Prozedur am nächsten Tage wiederholte, sei sie ihm nachweislich und habe

gesehen, daß Hopf etwas in den Tee geschüttet habe. Jedemal, wenn Frau Hopf diesen Tee getrunken, habe sie starkes Erbrechen gehabt. Sie hatte die Empfindung, daß Hopf seine Frau vergiften wollte. Die Zeugin hat dann, nachdem sie die Stellung bei dem Angeklagten verlassen hatte, zu den Gerüchten beigetragen, daß Hopf seiner Frau Gift gegeben habe. Hopf habe sie deswegen wegen Beleidigung verklagt, und sie sei deshalb zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sehr dramatisch gestaltet sich die Vernehmung, als die Zeugin bekundet, sie habe die Mutter der Frau Hopf, die Zeugin Schneider, durch einen Brief gewarnt. Dieser Brief ist, wie der Vorsitzende feststellt, nicht mehr vorhanden. Die Zeugin erklärt aber, sie habe den Brief mindestens einmal gelesen und kenne ihn auswendig. Sie betet nun diesen ziemlich langen, in schwülstigen Ausdrücken gehaltenen Brief her, in dem sie u. a. schreibt, daß eine „treue Dienerin“ es nicht mehr länger ansehen könnte, wie „ihre liebes Frauchen so dahinstehen müßte“. — Der Angeklagte erklärt hierzu, es sei möglich, daß er etwas in den Tee geschüttet habe, er entsinne sich des Vorgangs aber nicht. Wenn er das getan habe, so habe er ein homöopathisches Mittel oder Zucker in den Tee getan. Es sei nicht wahr, daß seine Frau, nachdem sie von dem Tee getrunken, stets Erbrechen gehabt habe. Er habe die Zeugin Wüst entlassen, weil sie unsauber war und nicht kochen konnte. — Zeuge Eisenbahnsekretär Fejunt hat den Angeklagten in Niederhöchstadt kennen gelernt. Er habe den Angeklagten zuerst für einen lebenswürdigen Menschen gehalten, später aber habe er den Eindruck, daß man es bei Hopf mit einem sehr gefährlichen Menschen zu tun habe. Da Hopfs Frauen unter verdächtigen Erscheinungen erkrankten, habe man

**in Niederhöchstadt die größten Anstrengungen gemacht, die Frauen aus dem Hause Hopfs zu bringen.**

Auch dieser Zeuge ist von Hopf wegen Beleidigung verklagt und auch verächtlich bei der vorgesehnen Behörde angezeigt worden. Einmal aber habe Hopf zu ihm gesagt: „Wenn Sie wüßten, wie schlecht ich bin, würden Sie vor mir auspucken.“ Frau Fejunt, die Ehefrau des Vorzeugeten, ist vom Angeklagten kurz vor dem Tode seines Kindes angegriffen worden, weil sie es auf den Arm genommen hatte. Hopf habe ihr das Kind aus dem Arm gerissen, ins Bett geworfen und gesagt, es ginge sie gar nichts an. — Die Zeugin Hebamme Brumm hat der Frau Hopf bei der Geburt des Kindes Hilfe geleistet. Zeugin wurde dann krank, sie litt an Nervenleiden und kam 5 Tage nicht zu den Hopfs. Als sie wieder heimkam, sei das Kind krank gewesen, es habe noch ihrer Ansicht nach Lufttrübungen. Sie habe bei dem Tode des Kindes die Ansicht gehabt, es sterbe an Ersticken. Der Angeklagte habe ihr vorgeworfen, sie hätte das Kind mit ihrer Krankheit angesteckt, sie glaube es aber nicht. — Zeuge Wendarm Baumann (Schönberg, Taunus) besuchte, daß nach dem Tode der ersten Frau in Niederhöchstadt das Gerücht im Umlauf gewesen wäre, die Frau sei keine natürliche Geburt, der Angeklagte habe deshalb Dr. Portmann gefordert, der sagte aber,

**daß sei Weiberkatsch.**

Nachdem auch die zweite Frau fränkelte und das Kind gestorben war, war es in Niederhöchstadt ein offenes Geheimnis, daß Hopf seinen Frauen Gift beigebracht hätte. Dr. Portmann erklärte das in Wiesbaden für Unfalsch. Als Zeuge die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden um Erlaß eines Haftbefehls gegen Hopf bat, erklärte ihm diese, daß sei nicht möglich mit Rücksicht auf das Gutachten des Herrn Dr. Portmann. — Zeuge Artist Strauß (Wörth) hat die Varietennummern des Angeklagten einige Wochen lang gemanagt, da dieser vor dem Publikum nicht gut reden konnte. Als Zeuge einmal in Niederhöchstadt war, hat ihm der Angeklagte gesagt, er hätte mit seinen Frauen Unglück gehabt, die erste sei ihm gestorben und ein Kind auch. Die zweite sei krank geworden, und man rede nun, er hätte sie vergiftet. Da der Angeklagte einen unglücklichen Eindruck auf den Zeugen gemacht habe, habe er Mitleid mit ihm gehabt und sich dazu verhalten lassen, wie der Zeuge Frau des Angeklagten bei der Wiesbadener Staatsanwaltschaft wegen Meineids anzugehen. Das tue ihm jetzt sehr leid. — Zeugin Hebamme Herrich sagt aus, ihr Bruder sei bei dem Angeklagten in Stellung gewesen und sie habe den Angeklagten dadurch kennen gelernt. Sie hatte damals ein schwer krankes Kind. Da habe ihr der Angeklagte gesagt, der Arzt müßte dem Kind etwas geben, damit es sterbe und nicht so zu leiden brauche. Die Zeugin ist da sehr erschrocken gewesen und hat gesagt, das könne doch herauskommen. Der Angeklagte aber habe erklärt, es käme nicht heraus.

**wenn man ein Gift nehme, das im Körper nicht nachweisbar sei.**

Es folgen nun eine Reihe von Gutachten der ärztlichen Sachverständigen über die Krankheiten der zweiten Frau des Angeklagten. — Dr. Portmann gibt eine eingehende Schilderung des Krankheitsverlaufs. Er habe sich die Krankheit nicht recht erklären können; daß Vergiftung durch Arsen vorliege, sei wohl möglich, doch könne er es nicht mit Bestimmtheit sagen. Als Dr. Portmann erklärt, Frau Hopf hätte im Jahre 1905 an einer Lungenerkrankung und an einer leichten Rippenfellentzündung gelitten, bestreitet dies Frau Schneider entschieden und erklärt, der Zeuge müsse sich irren. Ihre Tochter habe ihr davon nie etwas erzählt, und sie hätte das sonst sicher getan. Der Sachverständige bleibt indes dabei und erklärt mit Bestimmtheit, daß aus seinen Notizen hervorgehe, daß Frau Hopf damals an einer derartigen Krankheit gelitten habe. Der Zeuge sagt noch folgendes aus: Als Frau Hopf bei ihren Eltern in Frankfurt war, sei Hopf eines Abends zu dem Zeugen gekommen. Er schien etwas angetrunken, denn er trank nach Schnaps. Hopf war sehr aufgeregt und hat den Zeugen, ihm doch dabei zu helfen, daß seine Frau wieder zu ihm käme. „Sie glauben doch wohl nicht, Herr Doktor“, sagte Hopf, „daß ich meiner Frau Gift gegeben habe. Wenn Sie es aber auch glauben, so schicke ich mich hier vor Ihren Augen tot.“ Mit diesen Worten habe Hopf einen scharfgeladenen Revolver aus seiner Handtasche geholt und vor sich auf den Tisch gelegt. Der Zeuge habe den Angeklagten aber wieder beruhigt und gesagt, er glaube das natürlich nicht. — Zeuge und Sachverständiger Dr. Ziegler hat das Kind des Angeklagten beobachtet. Es ist, wie er damals diagnostizierte, an Rachen- und Nierenkatarrh erkrankt. Daran ist es auch nach seiner jetzigen Ansicht gestorben. — Zeuge und Sachverständiger Dr. Marx hat als Vertrauensarzt der „Züringia“ die Frau Hopf sehr eingehend untersucht und sie für gesund befunden. Vier Wochen nach Abschluß der Versicherung wurde er wieder zu Frau Hopf gerufen, die schwerkrank im Bett lag. Er habe Speisevergiftung für vorliegend gehalten und die Frau dementsprechend behandelt. Nach weiteren Sachverständigen tritt Vertagung auf morgen (Donnerstag) ein.

**Sport und Spiel.**

Das Pariser Sechstagerrennen brachte in den Vor- und Nachmittagsstunden des zweiten Tages nur wenig Fortschritte. Die Fahrer haben unter der im Velodrom herrschenden Kälte sehr zu leiden. Mütt, der bei einem qualmenden Petroleumofen geschlafen hat, wurde von einem Umwohler gefangen, von dem er sich bald erholte. Die Anstrengungen des Rennens machen sich besonders an Gourlier bemerkbar, der an solches Rennen zu wenig gewöhnt ist. Um 4 Uhr nachmittags waren von den aus 12 Paaren bestehenden Spitzengruppe 1371,023 Kilometer zurückgelegt. Die vorjährige Distanz ist um 22,802 Kilometer besser geworden. — Die letzten Stunden der vergangenen Nacht sind recht lebhaft verlaufen. Gegen 3 Uhr morgens machte Jacquelin einen energischen Durchbruchversuch, wurde aber nach 10 Minuten wieder eingepohlt. Bald darauf stürzten Jacquelin und Egg. Jacquelin gab schließlich völlig erschöpft auf. Bis 11 Uhr mittags (in der 6 1/2 Stunde) sind 1914 Kilometer zurückgelegt.

Ein Eisport. Bei anhaltendem Frostwetter wird der Kur- und Hausweiser von morgen ab den Schlittschuhläufern zur Verfügung stehen.

**Neues aus aller Welt.**

5000 Obdachlose im Berliner Hof. Berlin, 15. Jan. Infolge der Kälte hat die Zahl der Besucher der Hofe für Obdachlose während der ersten 14 Tage des Januar zum erstenmal die Zahl von 5000 überschritten.

Wüste Szenen bei einem Begräbnis. Hamburg, 15. Jan. Bei der Beerdigung des Schützenmanns Schmidt und seiner von ihm ermordeten drei Kinder kam es gestern auf dem Obdankfriedhof zu wüsten tumultuarischen Szenen. Als die Mutter drei Hand voll Erde auf den Sarg warf, versuchte eine Anzahl Frauen, sie von ihrem Vorhaben abzurufen. Als die Frau dann von hier zur Kapelle zurückging, traten die Begleiterinnen meist Nachbarinnen an sie heran, um sie zu schelten. Nur mit Mühe konnten Friedhofsbewachte die bedrohte Frau in Sicherheit bringen.

Drei Kinder erstickt. Magdeburg, 15. Januar. Von einem schweren Unglück wurde gestern die in einem Arbeiterhaus der Reuenstraße in Magdeburg wohnende Arbeiterfamilie namens Kroschke heimgesucht. Während der Abwesenheit der Mutter entzündete sich das zum Trocknen hinter den Ofen gelegte Brennholz und entzündete einen derartigen Qualm, daß alle drei im Zimmer befindlichen Kinder erstickten.

Kreiskassa eines betrügerischen Beamten gegen 50 000 M. Kanton. Dortmund, 15. Januar. Der Oberpostassistent Weber, der im vorigen Jahre wegen Fälschung von Kennzeichen im 1. Jahre 8 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, ist nach Hinterlegung von einer Kaution von 50 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

Wismarversterbend an Frau und Kind. Wörlitz, 14. Januar. Der Wauerer Magerhand, der zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er ein vierjähriges vorübergehendes Kind seiner Frau fortgesetzt mißhandelt aus Wut darüber, daß er von dem Vater des Kindes keine Alimente erhielt, wurde heute unter dem bringenden Verdachte des wiederholten Giftmordversuches an seiner Frau und dem Kinde verhaftet.

Eine Bäckerfrau von einem Gesellen erschlagen. Bregenz, 15. Januar. In dem Dorfe Sandnau bei Bregenz wurde gestern nachmittags die Frau des Bäckermeisters Nieling erschlagen aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft fällt auf den 19 Jahre alten Gesellen Otto Neujahr, der bei dem Bäckermeister bedienstet war. Die Polizei konnte ihn verhaften, als er im Begriffe stand, auf dem Bahnhof Bregenz einen nach Berlin fahrenden Zug zu besteigen.

Meuterei in einem französischen Militärgefängnis. Ville, 15. Januar. Eine schwere Meuterei brach gestern abend in dem Militärgefängnis der Bastille aus. In dem Gefängnis befinden sich augenblicklich 130 kriegsgerichtlich verurteilte Soldaten. Die Sträflinge waren über die große Kälte und die schlechten Verhältnissverhältnisse in den Schlafzimmern sehr unzufrieden. Etwa 70 von ihnen besaßen sich gestern abend in den Hof, fingen an zu lärmen, warfen die Fenster ein, bedrohten die Wächter und versuchten, die Tore des Gefängnisses zu sprengen. Sie ließen von ihrem Wagnis erst ab, als die Wache sie mit geladenem Gewehr bedrohte und sie aufforderte, ins Haus zurückzukehren. Gleichwohl wäre es zu Unfriede gekommen, wenn der Direktor des Gefängnisses nicht auf den Einfall gekommen wäre, die Feuerströbe auf die Meuterer zu richten, wodurch sie ins Haus zurückgetrieben wurden. Drei Mädelführer wurden in Ketten gelegt.

Die Millionenträgerin des Bankiers De La Vassau. Paris, 15. Januar. Wie sich herausstellte, hat der vor einiger Zeit bei der Ankunft des deutschen Dampfers „Kronprinzessin Cecilie“ in Oberboura verhaftete spanische Bankier De La Vassau unter anderen Verhafteten die Schweizerin Paul Courvoisier durch betrügerische Manöver um rund 1 Mill. Mark gebracht.

Erschöpfung einer Pulverfabrik. Lissabon, 14. Januar. In Ochoa bei Lissabon ist eine Pulverfabrik in die Luft geflogen, wobei eine Person getötet wurde. Die Explosion richt in keiner Beziehung zu dem Streit der Eisenbahner.

Die Vulkanfatale in Japan. Kagasaki, 14. Jan. Nach drablichen Berichten eines Kriegsschiffes ist Kagasaki 15 Fuß hoch mit Asche bedeckt. 800 Häuser sind eingestürzt. Die Insel Sakurajima ist dem Verderben preisgegeben. Sie ist in Rauchwolken gehüllt durch die Wasserdampfen aus den Kratern. Der Kapitän des japanischen Kreuzers „Tone“ meldet drablos, daß in Kagasaki niemand am Leben geblieben ist. Ein Schiff, das nach dem ersten Vulkanausbruch 307 Flüchtlinge an Bord nahm, soll während des zweiten Ausbruchs gesunken sein. Der Vulkan Sakurajima ist teilweise in sich zusammengesunken. Die Ausbrüche beginnen nachzulassen.

Die Passagiere des „Coblenz“ gerettet. New York, 15. Januar. Gestern nachmittags wichen die Rebell um den „Coblenz“, der von 12 Schiffen gesichert wurde. Man sah ihn auf einem Riff 40 Kilometer vor New York entfernt stehen. Alle Passagiere wurden nach Barnmouth gebracht. Der Sturm tobte fort und erschwert das Rettungswerk. Sturmwellen überfluteten den Dampfer, so daß Teile der Schiffsladung an Land getrieben wurden.

**Abgeordnetenhaus.**

**Der Etatsredner zweite Garnitur.**

Herr v. Heidebrandt.

# Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die zweite Garnitur der Etatsredner leitete der konservative Abg. v. Heidebrandt ein, der in 1 1/2 stündiger Rede das Gesamt der aktuellen Politik durchging. Nach einer kurzen Einleitung kam er sofort auf das

**Wahlrecht**

zu sprechen. Er erklärte sich dem Standpunkt der Staatsregierung durchaus einverstanden, besondere Gile habe die Sache ja auch nicht, denn die Geschäfte des Landtags würden auch unter dem jetzigen Wahlrecht in zufriedenstellender Weise erledigt.

Die Veröffentlichung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow

in der „Kreuzzeitung“ sei ohne jede Beifügung dessen Amtscharakters erfolgt. Wenn dieser trotzdem erwähnt wurde, so

sei es ohne seinen Willen und ohne seine Verantwortung geschehen. Das Geheimnis der Angriffe gegen Jagow liege aber darin, daß der Polizeipräsident der Dinten keine sympathische Persönlichkeit sei, eine Äußerung, die von dieser Seite mit lebhaftem „Sehr richtig!“ quittiert wurde. Jagow sei allerdings kein Reiztreier, sondern einer unserer tüchtigsten Beamten. Auf

**die braunschweigische Frage**

Kurz eingehend, erklärte Herr v. Heidebrandt, daß die Loyalität des Herzogs Ernst August über jeden Zweifel erhaben sei, daß aber nach seiner Meinung ein Verzicht des alten Herzogs auf Hannover nicht absolut notwendig gewesen wäre. Ausföhrlich beschäftigte sich der Redner sodann mit der

**elsaß-lothringischen Frage.**

Die elsäß-lothringische Verfassung hätten die Konservativen stets als ein höchst bedenkliches Experiment bezeichnet und die Tatsachen hätten ihnen recht gegeben. Wenn die Behörden dort ihre Pflicht gethan, hätte die ganze baden Angelegenheit nicht derartige Dimensionen annehmen können. Man müsse die Empfindung haben, daß innerhalb der elsäß-lothringischen Bevölkerung gegenüber dem pflichttreuen Herr, das auch dazu da sei, die elsäß-lothringische vor französischer Macht und französischem Einfluß zu schützen, das rechte Bewußtsein von dem preussischen Machtwillen nicht vorhanden sei. Aber es müsse doch zu denken geben, daß dieses Land, das 200 Jahre unter französischem Herrschaftssystem gestanden, gegen das der schmeidige preussische Landrat der reinste Waisenknecht sei, immer noch so viel Sympathie für Frankreich hege.

**Das Datum des Reichstags**

Hätten die Konservativen nicht mit Freude angesehen. Erfreulich wäre allerdings, daß Herr Mähling habe durchblicken lassen, daß auch die Nationalliberalen über das Datum mehr oder weniger bedenklich geworden seien. (Lebhafte Zurufe der Nationalliberalen: Nein! Nein!) Der Ministerpräsident hat das Verhalten der Konservativen gegenüber der

**Steuervervorlage**

kritisiert. Es wäre falsch, die Konservativen dafür verantwortlich zu machen, und der Ministerpräsident sei ihnen nicht gerecht geworden. Die Konservativen hätten nicht nur jeden Mann, sondern auch jeden Groschen bewilligt. Selbst gegen die Besteuerung des Kindes habe sie sich mit voller Abolutorie ausgesprochen. Auf der Linken urteile man immer falsch über die bestehenden Klassen. Man könne gar nicht ermeßen, daß auch dort viel tüchtige und erfolgreiche Arbeit geleistet werde.

Die Rede des Herrn v. Heidebrandt bildete im großen und ganzen eine Enttäuschung; wer von ihr eine Sensation erwartet hatte, kam nicht auf seine Kosten. Sie wurde von den Konservativen mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen. Präsident Graf Schwerin-Löwis sah sich infolge dessen genötigt, darauf hinzuweisen, daß es nicht üblich sei, den Beifall durch Händeklatschen zu erkennen zu geben. — Darauf nahm der Zentrumsobergeordnete Bell (Essen) das Wort.

**Letzte Drahtberichte.**

Die fortschrittliche Interpellation zum Straßburger Urteil.

# Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei hat heute mittig folgende Interpellation eingebracht: In dem Strafverfahren gegen den Obersten v. Reuter aus Jähren wegen unbefugter Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung hatte der Angeklagte — anscheinend unter Zustimmung des Kriegsgerichts — sich darauf berufen, daß nach Vorschriften, welche für das preussische Kontingent der deutschen Armee in Geltung seien, er zu einem Armeebefehl berechtigt war, ohne Requisition der Zivilbehörden die polizeiliche Gewalt an sich zu nehmen, ohne daß der Belagerungsstand verhängt ist und ohne, daß die Zivilbehörde durch äußere Umstände außerstand gesetzt ist, militärische Hilfe zu requirieren. Oberst Reuter hielt sich nach seiner Aussage auf Grund dieser Dienstvorschriften berechtigt, ohne von der Zivilbehörde ersucht zu sein, am 23. November 1913 die öffentliche Gewalt diensthabend an sich zu nehmen, einen öffentlichen Platz und eine Straße durch das Militär räumen zu lassen, zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen und die Verhafteten bis zum Anbruch des Morgens in Haft zu behalten. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den dringenden und ständigen Gefahren zu begegnen, welche sich aus dieser Sachlage für die politische Sicherheit der Bevölkerung für das Ansehen der Zivilbehörden, aber auch der Armee und der verfassungsmäßigen Grundrechte der persönlichen Freiheit ergeben, um die in Elsaß-Lothringen eingetretene lebhaftige Beunruhigung in der Bevölkerung zu beheben?

Die Verantwortung der Jähren-Interpellationen durch den Reichskanzler.

# Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Reichstags Sitzung erklärte Staatssekretär Delbrück im Namen des Reichskanzlers, der Reichskanzler sei bereit, sowohl die sozialdemokratische wie die soeben eingebrachte fortschrittliche Jähren-Interpellation zu beantworten, sobald das gegen die beiden Offiziere schwebende Strafverfahren abgeschlossen sei. Damit widerlegte sich auch die Zeitungsmeldung, daß der Gerichtsherr bereits auf die Revision verzichtet habe und daß beide Urteile schon rechtskräftig seien.

Der Reichszuschuß für die olympischen Spiele von der Budgetkommission des Reichstags abgelehnt.

# Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem im Etat geforderten Reichszuschuß für die in Berlin abzuhaltenden olympischen Spiele des Jahres 1916. In der Budgetkommission nahm ein Mitglied des Zentrums teil, daß derartige außerordentliche Zuwendungen für private Zwecke zu weit gingen und erklärte unter großer Heiterkeit, es sei vornehmlich die Aufgabe der Bundesstaaten, dazu beizutragen; man solle nicht wieder in die Kompetenz der Einzelstaaten eingreifen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Forderung aus politischen Gründen, und zwar wegen der planmäßigen Bekämpfung der Arbeiterturnvereine bekämpft. Die Konservativen traten warm für die Forderung

ein, weil sie den deutschen Sport fördern werde, während die Nationalisten namentlich die nationale Bedeutung des Unternehmens unterdrücken.

Fürst Lichnowsky bei der deutschen Kolonie von Newcastle.

wb. Newcastle, 15. Januar. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky, der gestern einen Ausflug in das Industriegebiet machte, war abends der Gast des Lordmayors von Newcastle.

Der Einzug des künftigen Fürsten von Albanien.

# Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der feierliche Einzug des künftigen Fürsten von Albanien, des Prinzen zu Wied, soll, wie der "B. Z." gemeldet wird, nach den bisherigen Dispositionen am 25. Februar in Durazzo erfolgen.

XX Paris, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Aus Balona wird dem "Temps" gemeldet: Ismail- Kemal-Bey hat infolge der immer schwieriger werdenden Situation die internationale Kontrollkommission gebeten, die Regierung selbst in die Hand zu nehmen, da die provisorische Regierung jeder Autorität entbehre.

Zum Attentat auf Scherif-Pascha. XX Paris, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Das Attentat in der Wohnung des türkischen Generals Scherif-Pascha erregt um so größeres Aufsehen, als der General bei seiner Verhaftung beharrt, der Moranschlag habe ihm gegolten und sei von dem jungtürkischen Komitee angezettelt worden.

Zurücknahme eines Militärboykotts. A Stargard, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der von dem Obersten Langer gegen das "Neue Kommersche Tagblatt" verhängte Boykott ist aufgehoben worden.

Die überfälligen Geestemünder Fischdampfer.

wb. Bremerhaven, 15. Januar. Der Bremerhavener Fischdampfer "Loy", der Reederei Johann Wieting gehörend, der am 18. Dezember v. J. den Geestemünder Fischereiflojen zu einer Fangreise in die Gewässer östlich von Island verließen hatte, gilt nunmehr als verloren.

Keine neue Flottenvorlage in Kanada.

R. Ottawa, 15. Januar. Die kanadische Regierung wird in der neuen Parlamentssession, die heute beginnt, die Flottenvorlage nicht wieder einbringen.

Andauernde Besserung der Lage im südafrikanischen Streitgebiet.

wb. Johannesburg, 15. Januar. Die Besserung der Lage im Randgebiet hält im ganzen an. Nach den gestern eingelaufenen Nachrichten aus Eastrand, Germiston, Zentrastrand und Westrand zeigt man daselbst wenig Neigung, in den Ausstand zu treten.

Die Hochwasser Gefahr in Belgien beseitigt.

wb. Brüssel, 15. Januar. Infolge der seit 36 Stunden andauernden Kälte ist das Wasser zurückgegangen und jede weitere Hochwasser Gefahr kann als beseitigt angesehen werden.

Wetterberichte. Deutsche Seewarte Hamburg.

Table with weather data for various stations including Hamburg, Berlin, and others, listing wind direction, speed, and temperature.

Beobachtungen in Wiesbaden von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

Table with weather observations for Wiesbaden, including barometer, thermometer, and wind data for January 14th.

Wettervoraussage für Freitag, 16. Januar 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Noch vorwiegend heiter und trocken, Frost, östliche Winde.

Table with water level data for the Rhine at Biebrich, Caub, and Mainz.

Advertisement for 'Bleichsucht und Blutarmut verschwinden' (Bleeding and anemia disappear) featuring 'Kaffee Haser-Kakao'.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Ohne große Belebung zeigte die Börse heute ein freundlicheres Aussehen und die Haltung war entschieden fester.

Frankfurter Börse.

— Frankfurt a. M., 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der finanzielle Zusammenbruch Mexikos kam doch etwas überraschend, obwohl man in Anbetracht der seit Jahren währenden Wirren damit rechnen mußte.

Banken und Geldmarkt.

w. Der Staatsbankrott in Mexiko. London, 14. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Verhandlungen, die in Paris und London geführt werden, um der Bank von London in Mexiko einen Vorschuß von 800 000 Pfund Sterling zu gewähren, vorläufig zum Stillstand gekommen.

Die Griesheim-Elektron-Obligationen.

Die von einer Bankengruppe übernommenen 5 Mill. M. 5proz. Schuldverschreibungen der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron sind bereits freihändig verkauft worden.

Die Stadt Magdeburg vergab die zweite Rate der Anleihe im Betrage von 10 Mill. M. an eine Bankengruppe unter Führung des A. Schaffhausen'schen Bankvereins.

Neue Offenbacher Stadlanleihe. Die Stadtverordneten von Offenbach beschlossen, die ausgeschriebene 4proz. Anleihe von 7 Mill. M. an ein unter Führung der Darmstädter Bank stehendes Konsortium zu 92.85 Proz. zu begeben.

Die neue 4proz. bayerische Staatsanleihe vom Jahre 1913 erfährt von jetzt an mit der älteren, 4proz., bis zum Jahre 1930 nicht kündbaren Staatsanleihe Bayerns gemeinsame Preisfestsetzung an der Berliner Börse.

Hongkong a. Shanghai Banking Corporation. Der Aufsichtsrat schlägt für das am 31. Dezember beendete Halbjahr eine Dividende von 2 Lstrl. und eine weitere Dividende von 5 Schilling vor.

Der Tessiner Bankkrach. Lugano, 15. Januar. Der Krach der Tessiner Kreditbank ist noch bedeutender, als man bis jetzt angenommen hat.

O Petschek in der rheinischen Steinkohlenindustrie. Die Aussiger Kohlenhandelsfirma J. Petschek faßt jetzt wieder in der rheinischen Steinkohlenindustrie Fuß, nachdem sie sich bereits an Königborn in größerem Umfange beteiligt hat.

Das Röhrensyndikat gescheitert? Wie aus Düsseldorf berichtet wird, sind gestern Abend die Verhandlungen wegen Bildung eines deutschen Röhrensyndikats abgebrochen worden.

Berg- und Hüttenwesen.

Industrie und Handel.

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Das Unternehmen ist nach einer Reihe von dividendenlosen Jahren jetzt wieder in der Lage, ein Erträgnis an die Aktionäre auszuschütten.

Die Verknüpfung ostdeutscher Kalkwerke in Oppeln.

Die zum Jahreschluß gekündigt ist und bisher noch nicht erneuert wurde, ist durch Neugründungen stark gefährdet.

Aus der Zementindustrie. Der Unterelbische, Mitteldeutsche und Hannoversche Zementverband einigen sich dahin, daß morgen die Verkaufstätigkeit wieder aufzunehmen sei.

Meteor, A.-G., Geseker Kalk- und Portlandzementwerke zu Geseke i. W. Der Abschluß für 1913/18 ergab einen Reingewinn von 395 312 M. (523 230 M.), aus dem wieder 20 Proz. (wie i. V.) Dividende auf die Vorzugsaktien und wieder 18 Proz. (wie i. V.) Dividende auf die Stammaktien verteilt werden sollen.

Neue Tonlager. Das Bureau für hoch- und feuerfeste Passauer und Deggendorfer Tone in Hengersberg in Niederbayern teilt mit, daß im bayerischen Walde große Lager Tone für Porzellan, Schmelzhäfen verschiedener Arten usw., für insgesamt 20 Verwertungsmöglichkeiten, aufgedeckt wurden.

Marktberichte.

Fruchtmarkt zu Wiesbaden vom 15. Januar. 100 Kilo Hafer 16.20 bis 17 M., 100 Kilo Richtstroh 4.49 bis 4.80 M., 100 Kilo Krummstroh 4 M., 100 Kilo Heu 6.20 bis 7.40 M.

Fruchtmarkt zu Limburg vom 14. Januar. Roter Weizen (Nassauischer) per Malter 15.70 M., Weißer Weizen (angebauter Fremdsorten) per Malter 15.20 M., Korn per Malter 11.50 M., Futtergerste per Malter 9 M., Braugerste per Malter 10.60 M., Hafer per Malter 7.75 M., Kartoffeln per Zentner 2.10 M., Butter per Pfund 1 M., Eier per St. 10 Pf.

Konkurs-Nachrichten aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel.

Table with bankruptcy notices listing names of firms, their addresses, and the names of liquidators.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Jägerberber; für den Redaktions-Teil: H. Jägerberber; für den Anzeigen-Teil: H. Jägerberber; für den Anzeigen-Teil: H. Jägerberber.

